

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 23. Januar 1932

Nummer 7

Gewerkschaften und Reparationsfrage

Der Streit um die Reparationen ist wieder akut geworden. Durch das Hoover-Jahrjahr war insofern ein Waffenstillstand eingetreten, als Deutschland für ein Jahr nur die ungeführten Zahlungen in Reichsmark zu leisten hat (die es zudem in Anleiheform zurückbekommen darf), während der „Transfer“, also die Überweisung in ausländischen Zahlungsmitteln, infolge seiner Armut an Gold und Devisen völlig ruht. Nun wird zwar allgemein anerkannt, daß Deutschland zur Zeit zahlungsunfähig ist. Aber man wirft ihm vielfach vor, daß es an dieser Zahlungsunfähigkeit selbst schuldig sei, weil es in übermäßigem Umfang Auslandsanleihen aufgenommen habe und mit diesen Anleihen verschwenderisch umgegangen sei. Man tadelt auch, daß es ohne Rücksicht auf den Vorrang der Reparationen diese privaten Auslandsanleihen als guter Schuldner zurückzahlen will. Nachdem vor kurzem der Sachverständigenausschuß in Basel sich mit diesen Fragen beschäftigt hat, werden sich jetzt die beteiligten Regierungen in Lausanne vereinigen, um über das gleiche Problem zu beraten. Ich möchte die kurze Pause, die zwischen der Bekanntgabe des Berichts der Sachverständigen und dem Zusammentritt der Regierungskonferenz liegt, dazu benutzen, unsere Gewerkschaftsfreunde im Ausland auf einige grundlegende Irrtümer über die Ausföhrung und Bewertung der Reparationszahlungen hinzuweisen. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich auf die Reparationen als politische Ursache der Weltwirtschaftskrise, insbesondere aber der deutschen Wirtschaftskrise, in diesem Zusammenhang nicht eingehe.

Warum brauchte Deutschland Auslandsanleihen?

Auf Grund des Vertrags von Versailles mußte Deutschland eine Reihe von Bar- und Sachleistungen auf sich nehmen: Barzahlungen, Abernahme von Besatzungskosten, Abtretung von Staatseigentum, Auslieferung von deutschem Privateigentum im Inland und im Ausland usw. Dann kamen die Reparationszahlungen in Form von Bar- und Sachleistungen auf Grund des Dawesplans und später des Youngplans. Während die Höhe der Reparationszahlungen, die durch die beiden Pläne festgelegt waren, kaum umstritten worden ist, gingen die Schätzungen über die früheren Leistungen aus dem Vertrag von Versailles weit auseinander. Die Reparationskommission bewertete die deutschen Leistungen bis Ende 1922 mit 7,9 Milliarden Goldmark, der bekannte englische Nationalökonom Professor Keynes mit 20 bis 25 Milliarden, die Amerikaner Moulton und McGuire mit 25,8 Milliarden, der jüngst verstorbene deutsche Nationalökonom Professor Brentano mit 41,5 Milliarden Goldmark. Die Schätzungen weichen also erheblich voneinander ab. Von Ende 1922 bis zum Dawesplan betragen die deutschen Reparationsleistungen nach Berechnung der Reparationskommission 2,5 Milliarden, von Dawesplan (1924) bis zum Hoover-Jahrjahr (1931) 14,6 Milliarden Reichsmark. Das ergibt zusammen seit dem Vertrag von Versailles die Summe von 25 Milliarden oder nach der höheren Schätzung von rund 38 Milliarden Reichsmark.

Die Bedeutung dieses Kapitalverlustes für die deutsche Wirtschaft ist nicht nur aus der Höhe der Leistungen zu ersehen. Man muß die Umstände hinzurechnen, unter denen die Leistungen erfolgten. Deutschland hatte durch den Vertrag von Versailles wertvolle Gebiete verloren; die neuen Grenzen zerrissen vielfach alte Handelsbeziehungen und zusammenhängende Produktionsseinheiten; diese Schäden mußten ausgeglichen werden. Deutschland war durch eine vierjäh-

rige Blockade von Lebensmitteln und Rohstoffen entblößt; die fehlenden Vorräte mußten beschafft werden, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Deutschland hatte Schiffe, Eisenbahnmateriale, Vieh, Maschinen usw. abgeben müssen; es war gezwungen, für Ersatz zu sorgen. Seine Produktionsmittel mußten erneuert werden. Da während des Krieges keine Wohnungen gebaut worden waren, herrschte Wohnungsmangel; er mußte behoben werden. Um diese dringlichen Aufgaben zu erfüllen und sein Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, brauchte Deutschland in der gleichen Zeit, in der ihm gewaltige Kapitalsummen entzogen wurden, namhafte Beträge. Der heimische Kapitalmarkt aber war ausgeblutet und konnte die notwendigen Summen nicht aufbringen. Somit war Deutschland gezwungen, die Kapitalmärkte des Auslandes zu beanspruchen.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft lag auch im Interesse der Siegerstaaten. Denn nur eine kräftige deutsche Wirtschaft konnte die jährlichen Reparationslasten aufbringen. Darum haben die Siegerstaaten sich bisher niemals darüber beklagt, daß Deutschland Anleihen im Ausland aufnahm, obwohl ihre Vertreter bis zum Ablauf des Dawesplans (März 1930) im Verwaltungsrat der Reichsbank, also der Kreditzentrale Deutschlands, Sitz und Stimme hatten. Und mehr: bei der Annahme des Dawesplans erhielt Deutschland von den fremden Regierungen selbst eine Anleihe von 300 Millionen Reichsmark, bei der Annahme des Youngplans eine weitere Anleihe von 400 Millionen Reichsmark. Um so weniger sollte man also Deutschland jetzt die Aufnahme von Auslandsanleihen vorwerfen.

Wem haben die Auslandsanleihen genützt?

Wir haben gesehen, daß Deutschland die abgelieferten 25 bis 38 Milliarden wenigstens notdürftig in seiner Wirtschaft einsetzen mußte. Trotzdem betragen die Auslandsanleihen, die ihm jetzt vorgeworfen werden, nicht einmal 25 Milliarden Reichsmark, einschließlich der Rembourskredite usw., die nur der laufenden Warenfinanzierung dienen und daher eigentlich von dieser Summe abgezogen werden müßten. Auf jeden Fall bleiben die Auslandskredite selbst hinter jenen Beträgen zurück, die die Reparationskommission und ihre Nachfolger als deutsche Leistung verbucht haben.

Fragen wir nun zunächst sachverständige Beurteiler, auf welchem Weg Reparationen ohne Schädigung der Wirtschaft geleistet werden können. Das Dawes-Komitee, dem bemerkenswerterweise kein einziger Deutscher angehörte, äußert sich dazu wörtlich:

„Die Reparationsleistungen selbst werden durch einen Exportüberschuß finanziert und können nur so finanziert werden. . . In ihrer finanziellen Auswirkung unterscheiden sich die Sachlieferungen tatsächlich nicht von Barzahlungen. . . Anleiheoperationen können die Sachlage zwar verschleiern oder ihre praktischen Auswirkungen zeitlich hinausschieben, vermögen sie aber nicht zu ändern.“

Auf welche Weise hat nun Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt? Durch Überschüsse seines Außenhandels oder durch Auslandsanleihen? Diese Frage beantwortet eindeutig die Zahlungsbilanz. Für die Jahre bis 1924 ist eine Aufstellung wegen der Inflation freilich nicht möglich. So bleiben nur die letzten sieben Jahre, die sich ungefähr mit der Geltungsdauer von Dawes- und Youngplan decken. Der Übersichtlichkeit halber reihe ich die Aktiv- und Passivposten, die sich aufheben, gegeneinander auf und komme somit zu folgender vereinfachter, aber für unsere Zwecke genügender Darstellung:

Zufluß und Verwendung von Devisen in Deutschland 1924 bis 1930 (in Milliarden Reichsmark):

Herkunft	Betrag
Langfristige Auslandsanleihen	8,2
Kurzfristige Auslandsanleihen	8,9
Überschuß deutscher Effektivverkäufe über deutsche Käufe vom Ausland	1,1

Verwendung

Passivsaldo der Warenhandels- und Dienstleistungsbilanz	3,1
Zinsen für Auslandsanleihen	2,7
Gold- und Devisenzugang bei den Notenbanken	2,1
Reparationen (Barzahlungen)	10,3

Ein Blick auf den zweiten Teil der Tabelle zeigt uns, daß Deutschlands Außenhandel keinen Devisenüberschuß gebracht hat, sondern im Gegenteil einen Fehlbetrag von 3,1 Milliarden Reichsmark. Womit sind also die 10,3 Milliarden an baren Reparationsleistungen (ohne die Sachlieferungen!) bezahlt worden? Ein Blick auf den ersten Teil der Tabelle belehrt uns: nur durch die Auslandsanleihen. Man soll also Deutschland nicht hinterreden den Vorwurf machen, daß es die Reparationen durch die Aufnahme jener Auslandskredite gefährdete.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine Folgerung, die bei den kommenden Reparationsverhandlungen in Lausanne beachtet werden muß. Man sagt, daß die privaten Auslandsanleihen kein Vorrecht vor den Reparationen haben dürfen. Aber der Vorgang hat sich doch so abgespielt, daß die ankommenden Devisen der Auslandsanleihen zuerst den Siegerstaaten zugestossen sind. Diese haben also die Priorität genossen.

Reparationszahlungen sind nicht mehr berechtigt!

Vier Jahre Weltkrieg haben blühende Gegenden Frankreichs und Belgiens verwüstet. Das mehrfache Angebot der deutschen Gewerkschaften auf Bereitstellung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist leider abgelehnt worden. Ich will mich zu dieser Ablehnung nicht äußern. Hier genügt die Feststellung, daß in jenen Gebieten erfreulichweise die Spuren des Krieges verwischt sind. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind unseres Erachtens durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt; damit ist dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Genüge geschehen.

Die Reparationskommission hat Deutschlands Leistungen anerkennen und buchen müssen. Der Reparationsagent hat viermal jährlich ordnungsgemäß bestätigt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen pünktlich und in vollem Umfang nachgekommen ist. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, der letzte Nachfolger dieser Kontrollinstanzen, hat keine Beanstandungen erhoben. Deutschland hat also die Verträge voll erfüllt. Zur Zeit ist es von seinen Verpflichtungen entbunden, nicht auf eignen Antrag, sondern infolge der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Hat es die Reparationszahlungen später wieder aufzunehmen? Mir scheint im Gegenteil der Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Reparationszahlungen gekommen.

Deutschland hat sich, wie wir gesehen haben, die Devisen zur Zahlung der Reparationen nicht auf dem Wege beschaffen können, den bereits der Dawesplan als den einzig richtigen bezeichnete: nämlich durch die Überschüsse seiner Handelsbilanz. Es wird nachdrücklich darauf hinweisen müssen, daß der Saldo seines Außenhandels im Durchschnitt von sieben Jahren passiv gewesen ist. Die Reparationsdevisen sind nur auf eine Weise erworben worden, die der Dawesplan als Verschleierung gebrandmarkt hat: nämlich auf dem Weg der Auslandsanleihen.

Deutschland muß aber auch darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen des Youngplans nicht erfüllt sind. Der Youngplan war auf der Erwartung auf-

gebaut, daß die Weltwirtschaft aufblühen und damit Deutschlands Belastung von Jahr zu Jahr erleichtern werde. Diese Hoffnung ist klaglich zusammengebrochen und wird sich nach menschlichem Ermessen auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Der Youngplan beruhte insbesondere auf der Voraussetzung, daß Deutschland durch eine Vergrößerung seiner Ausfuhr die notwendigen Devisen zur Durchführung der Reparationszahlungen erwerben könne. Das Gegenteil ist eingetreten. Durch gewollte oder ungewollte Währungsverschlechterungen, durch Devisenbewirtschaftung, durch erhebliche Zollerhöhungen, durch Einfuhrbeschränkungen und Verbote aller Art haben die unmittelbaren und mittelbaren Reparationsgläubiger Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten aufs empfindlichste eingeschränkt. Alle diese Tatsachen stehen in schroffem Widerspruch zu dem Sinn des Vertrags. Deutschland hat seine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das gleiche tun werden. Die Welt leidet unter der Fortsetzung des Weltkriegs mit wirtschaftlichen Waffen. Das Elend ist entsetzlich groß. Gebt der Welt endlich den wahren Frieden!

Theodor Leipart, Vorsitzender des ADGB.

Reparationskonferenz und Gerechtigkeit

Ganz gleichgültig, ob die Konferenz in Laufame in diesen Tagen abgehalten oder um ein kleines vertagt wird: es wird und muß zu einer Dauerlösung in der Reparationsfrage kommen und damit ein Zustand angebahnt werden, der die endliche Befriedigung Europas und damit der ganzen Welt gewährleistet.

Denn so wie bisher können die Dinge nicht weiterlaufen, wenn anders nicht der Untergang der gesamten Zivilisation die Folge sein soll. Man braucht kein Nationalist zu sein, um nicht das schwere Unrecht, das der deutschen Republik, und vor allem seiner erwerbstätigen Bevölkerung, durch die harten Bedingungen des Versailler Friedensdikтатаusgesprochen wurde, als Hohn wider alle Menschenwürde und Gerechtigkeit zu bezichtigen. Seine Wiedergutmachung ist, zumal es auch in schreiendem Widerspruch zu Wilsons viergeklärten 14 Punkten steht, ein Gebot der Stunde!

Es muß als wahr unterstellt werden, daß man für den Fehler des militaristisch-monarchistischen Systems nicht die Volksgeschichte haftbar machen kann, die auf Grund ihrer Ethik, kraft ihrer Weltanschauung den Geist des Vorkriegs nie in ihren Reichen nährten, nur dem bitteren Zwang folgend ihrer Elendspflicht oblagen und nur mit wehem Herzen den Angehörigen entzissen wurden, wohl wissend, daß der Tod ihrer unter den Fahnen so oder so verderblich enden würde. Ihre Schwächlinge, die Führer der freien Gewerkschaften, und im Parlament die Sozialdemokratische Partei, ließen denn auch kein Mittel unversucht, Dauer und Leiden des Krieges abzukürzen und trachteten bereits 1916, durch internationale Verständigung zu einem für alle Beteiligten ehrenvollen Frieden zu gelangen. Die Gerechtigkeit gebietet, anzuerkennen, daß auch weite Kreise des Bürgertums diese Bestrebungen unterstützten, und es wäre ihnen Erfolg beschieden gewesen, wenn die Annexionsgier der Alldeutschen und deren hysterisches Geschrei dem Chauvinismus auf der Gegenseite nicht Oberwasser gegeben und den Willen geknickt hätten, den Krieg bis zum Weißbluten fortzuführen. Undre Nationalsozialisten als geschickte Schüler der Alldeutschen hätten allen Anlaß, sich ruhig zu verhalten und die fortdauernden Bemühungen, in der Tribüneausführung Erfolge zu erringen, nicht dauernd zu durchkreuzen.

Zweifelloso sind durch die verschiedenen Konferenzen schon bedeutende Erfolge erzielt worden, aber sie genügen noch nicht! Denn wenn sie genügten, wäre es wohl kaum zu der furchtbaren Weltkrise gekommen, die das kapitalistische Gebäude in seinen Grundfesten erschüttert hat. Von den maßlosen französischen Forderungen, die allen Erstes 800 Milliarden Reichsmark Kriegsschadigung von Deutschland forderten, bis zum Youngplan, der die Gesamtkosten auf 32 Milliarden Reichsmark festlegte, und bis zum Hoover-Moratorium ist ein zwar bornevoller Weg, der Deutschland unerhörtes amutierte, zurückgelegt worden. Aber alle etappenweisen Erleichterungen wurden nicht infolge der Heppolitik der Nationalisten hilen und driben erreicht, sondern einzig dadurch, weil sich die Kräfte, die zur Verständigung, zur Entzignng des Nebanagegeschreies drängten, als wirksamer erwiesen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben unzweideutig aus dem Mund ihrer führenden Staatsmänner zu erkennen gegeben, daß sie auf Zahlung der ihnen geschuldeten Beträge nicht verzichten, und daß im übrigen die europäischen Mächte selbst zusehen sollten, wie sie den Kopf aus der Schlange ziehen. Es läge durchaus nahe, einer europäischen Zollunion oder gar dem politischen Zusammenstoß Europas das Wort zu reden. Alle Vernunftsprüche sprechen sogar dafür. Dem Nationalismus als Letzter Gattierungen würde der Boden unter den Füßen entzogen. Handel und Wandel, ja das gesamte Geistesleben erhielten gewaltige Impulse, die Stoffquellen der fünf Kontinente (USA. ausgenommen) ständen allen Beteiligten offen, und es wäre dabei nicht nur herzlich gleichgültig, ob die oberirdischen Gruben in deutschen oder polnischen Händen sind, sondern sogar ein leichtes, durch gemeinsamen Aufschwung den amerikanischen Generalgläubiger zu befriedigen und trotzdem ihn als weltwirtschaftlichen

Die Erneuerungsfest für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf.
20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen oder in die Schranken zu weisen.

Leiber sind im Augenblick die widerstrebenden Elemente noch zu groß, und man kann es, ohne die Nichtigkeit demokratischen Denkens und Handelns irgend in Zweifel zu ziehen, doch als Tragik der Demokratie bezeichnen, daß die Regierenden dem Zielstreben zu wahren Weltbürgertum unter Umständen die größten Sympathien entgegenbringen, die durch Not und Elend hindurchgegangenen zermürbten und verzweifelten Massen indes dem Präsenzgedröh gewissensloser Demagogen zuliebe den Glauben an das Vernunftgemäße solcher Bestrebungen preisgeben.

Im Namen der Freiheit, der Menschenwürde und Gerechtigkeit obliegt es allen ehemaligen Kriegsgenossen, der Demagogie den Boden zu entziehen! Sind sie um eines hohen Zweckes willen bestrebt, diesen Weg zu beschreiten, so müßten sie von selbst auf weitere Reparationszahlungen verzichten. Denn infolge des für Deutschland verhängnisvollen Ausgangs des Weltkriegs fiel ein großer Teil unserer Erz- und Jinnvorkommen an Polen. Diesem wiedererstandenen Staat mußten wir durch Abtretung gewaltiger landwirtschaftlicher Aberschuhgebiete im Oker ungeheure Werte in den Schoß spielen, Ostpreußen wurde durch Schaffung des Polnischen Korridors vom Mutterland abgeschnitten, das fruchtbare Memelgebiet Litauen einverleibt, Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben, Teile der Nordmark fielen an Dänemark, Eupen-Malmedy durch eine nicht ganz objektive Abstimmung an Belgien, das Sudböhmer Ländchen an die Tschechoslowakei, das Saargebiet wird schon über 12 Jahre von Frankreich ausgebeutet und, erst noch leant, die ehemaligen überseelischen Besitzungen Deutschlands, in die das alte Reich Milliarden hineingesteckt hatte, Deutschland einfach fortgenommen. Ohne in den Versuch zu kommen, daß sich die kapitalistische Kolonialpolitik verteilte, muß ich doch zugeben, daß die ungeheuren Werte, die Deutschland entzogen wurden, ohne daß sich deren Nutznießer zu irgendwelchen Gegenleistungen verpflichtet fühlen, und Nutznießer sind alle Nachfolgestaaten, auch die Stterreich-Ungarns, und Bulgariens wie der Türkei, schon für sich a l l e n ausreichten, um alle Ansprüche der Gläubiger zu befriedigen.

Darum Schluß mit den Reparationen! Völker Europas, schafft die neue Weltgestaltung, reißt euch die Hände zum wahren Wiederaufbau, um durch gegenseitige Achtung und Wertschätzung zu großen Zielen zu gelangen!

Arthur Stah.

Zeitgedanken

Wir sind im Fallen. Ein gewaltiger Zusammenbruch ist eingetreten. Nichts mehr steht fest und unerschütterlich da. Was heute noch scheinbar konsolidiert ist, schwant schon morgen und bricht über Nacht zusammen. Eins reiht das andre mit in das Verderben. Millionenwerte verschwinden vor unsern Augen. Die Volkskraft ist lahmgelockt. Und je weniger sie im Kreislauf: Geld — Arbeit — Umsatz; Umsatz — Arbeit — Geld, sich betätigen kann, um so größer wird die Not. Der Not sucht man durch Sparmaßnahmen zu begegnen. Diese erstrecken sich aber wieder auf jene Kreise, die am meisten, die ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Außerdem tragen sie dazu bei, dem Wirtschaftsleben den Nerv zu unterbinden, es noch mehr zu strangulieren. Daß daraus kein Segen blühen kann, liegt auf der Hand. Wer soll nun ankurbeln, die Wirtschaftsmaschinerie wieder in Gang bringen? Die öffentliche Hand ist lahm, krank und schwach. Diese Krankheit hat sich aber auf das privatkapitalistische Wirtschaftssystem derart unheimlich übertragen, daß die Doktoren, Professoren und „Kraftmenschen“ ihr hilflos gegenüberstehen. Hilflos? Im, wer, frage ich, wer glaubt das? Die Sache hat einen Haken, der wurde Punkt ist bei, daß durch den sinnlosen, alle soziale, wirtschaftliche, ethische Kulturen niedertrampelnde Weltkrieg alles durcheinander geworfen worden ist.

Wie alle Kriege, so endete auch der blutigste der Kriege, der Weltkrieg, mit einem zweifelsachen Frieden, den nicht der Wille der Völker, sondern die Waffen diktierten. Das bedeutet nichts weiter als die latente Unsicherheit des neuen Zustandes. Die von ihm ausgehenden Bestimmungen durch ihre Härten und unerfüllbaren oder nur unter Selbstopferung zu erfüllenden Forderungen des Diktierenden tragen den Keim der Zersetzung, der permanenten Schwäche in sich. Ein unheimliches Gift wurde dabei zusammengebraut, ein Gift, das durch seine Wirkung zu keiner ethischen Verständigung auf allen Seiten führt. Der Nationalismus fördert alle leidenschaftlichen, raschelstürzenden Instinkte, verhinbert die ruhige Befinnung zu der Menschheit nützlichen Überlegungen und erklirt seinen einzigen Ausweg nur in der Wehrhaftigkeit des Volkes. Diese Wehrhaftigkeit, schon die Gedanke, ist aber der Feind dessen, was wir brauchen, die Wiedergeburt eines neuen Glaubens zum großen Friedenswert der Menschheit.

Die maßgebenden Regierungen haben wohl dem Volkdrängen eine Konzeption gemacht, indem sie den Völkern Schutz, doch scheint seine Tätigkeit nur im Negativen zu bestehen. Wir vermiffen das gelunde Blut. Es fehlen ihm die starken Jdeenträger. Immer fruchtloser ist die Arbeit, die dort von jenen Männern geleistet wird, die über ihren engstirnigen Nationalismus nicht hinaus können. So kommt es nicht vom Fleck und die Kosten haben die Völker der einzelnen Nationen früher oder später ganz zu tragen. Schon das Lavidieren verschlingt Aufkommen.

Kurz gefagt, der Leidensweg, der jetzt gegangen werden muß, ist die Folge vorausgegangener Fehler. Diese Fehler wurzeln im kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf Expansion eingestellt ist, und so fets zu neuen Spannungen führt. Diese Spannungen wurden früher durch das Weltzinken verschärft, heute ist es ein Weltkauf in der Preisfestsetzung. Um den Export zu forcieren, müssen die Preise dem Weltmarktpreis angepaßt werden. Dieser aber sinkt, je billiger Waren auf den Markt geworfen werden. Das System des „billigen Jakobs“ entsteht. Wer am billigsten ist, hat die beste Aussicht, konkurrenzfähig zu bleiben. Der Kapitalismus geht nicht von nationalen Interessen aus, berüchtigt nicht die Lebensbedürfnisse der Arbeiter, sondern preßt sie auf ein Niveau herunter, das das Leben kaum noch lebenswert erscheinen läßt. Er hat dabei einen Helfer gefunden, der mit staatlicher Gewalt versucht, alles, aber auch alles, was die Arbeiterinteressen, ihre Teilnahme am gesamten Kulturleben, anbetrifft, verschlechtert will. Man könnte wahrlich eine Satire schreiben über sogenannte Volksrechte, von denen fast nichts weiter verblieben ist, als ein großes Volksanrecht. Das ist ganz methodisch, futzstivo ver sich gegangen.

Nun es allmählich tagt, fehlt die Kraft, dagegen anzukämpfen. Das Vertrauen hat sich merlich gelockert. Wir stehen mitten im Chaos der — Gefühle der Schwäche, der Notlosigkeit, der falschen Weichenstellung. Statt eine Kampflinie (ich sage Kampflinie, weil die Klasse, die sich behaupten oder vorwärts kommen will, gegenwärtig ist, zu kämpfen) zu bilden, die von den harten Tatsachen des Lebens geschmiedet wird, gefällt man sich in Programmen, Neben- und Überorganisationen, richtet man sich recht häuslich im „demokratisch“-kapitalistischen Staat ein, bekämpft und beschimpft sich gegenseitig (sofern es sich um „Klassenengenossen“ handelt) und findet weder Zeit noch Kraft, darüber nachzudenken, wo der Hebel angelegt werden muß, um der Verelendung der Arbeiter und Angestellten mit aller Kraft begegnen zu können. Daß letzteres geschehen ist, kann keiner behaupten.

Wir schwinmen mit dem Strom und versuchen nicht Dämme dagegen aufzurichten. Mit dieser Elendslut aber ist das Vertrauen hinweggespült worden. Die Draganaktion exzessiv bei weitem nicht mehr so wie früher das B a l l e r k e r t der Arbeiter dat. Die, die zusammengebrochen, können nicht zusammenkommen, als sei — der Gegensatz völlig zu tief. Und doch ist das Perpetuum mobile der beiden (?) sozialistischen Parteien die Befreiung der Arbeiter von der — L o h n k e t t e s t a f t.

Heute dreht sich jeder Kampf um die Lohnfrage. Das heißt, der Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten wird aufs Minimum herabgedrückt. Und das hat sich bis jetzt ganz automatisch vollzogen, wogegen die gepfefferten Resolutionen und Beschwörungen nichts geändert haben.

Wir brauchen eine neue Hoffnung, die Einreihung in den Arbeitsprozess. Man möge diesen „Zeitgedanken“ ernstlich nachgehen. —e.

Preisbindung - Lohnbindung

Kürzlich vertrat ein Reichstagsabgeordneter, der mittlerer Beamter ist, in einer führenden Beamtenzeitschrift die Ansicht, daß die Bindung des Lohns durch Tarifverträge daselbe sei wie die Bindung der Preise durch Kartelle, Konzern- und Trustgewalt. Es wurde die Auffassung „gegründet“, daß sich der Preis für die „Ware Arbeit“ in der gleichen Weise wie der Preis für jede andre Ware nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu bilden hätte. In normalen Zeiten hätten die gebundenen Preise der Syndikate, Kartelle und Innungen und ebenfalls die gebundenen Tariflöhne gute Wirkungen. In Krisenzeiten sei das aber anders, da würden durch die Preisbindungen die Preisfestsetzungen gefehmt, da würden durch die gebundenen Löhne zum Teil die Möglichkeiten erschöpft, die Waren zu verbilligen, den Markt zu beleben und die Arbeitslosen wieder zu beschäftigen.

Wenn die gebundenen Preise für normale Zeiten berechnigt und von guter Wirkung sein sollen, muß irgendwie auch in Zeiten des wirtschaftlichen Tiefstands mit ihnen auszukommen sein. Die Wirtschaftsgrundfäße können nicht einmal so und einmal anders sein; sie wirken wie Gesetze, die das Leben ordnen und sichern. Es ist praktisch auch nicht mit der Wiedergeburt „des ungemessenen Spiels der freien wirtschaftlichen Kräfte“ zu rechnen. Wenn der schrankenlose Wettkampf überhaupt jemals die guten Wirkungen gehabt hat, die ihm viele nachrühnen, heute ist er von der Entwertung überholt. Aber darum braucht die Preisbindung bei den Waren noch nicht einseitiger privatwirtschaftlicher Monopolmacht zu entspringen, so und so weit zu gehen, daß das Wesen des Eigentumsrechts dadurch seinen Inhalt verliert. Das Wirtschaftsleben ist gegenwärtig voller Sinnlosigkeiten und Widersprüche, es sei denn, daß das Geschäftemachen der Eigentümer der Wirtschaftsmittel, die Selbstbehaftungsmittel des Volkes sind, an sich Sinn und Ziel genug für alles Wirtschafts- und Wirtschaftsstum, was selbstverständlich Anstun ist. Die alten liberalen Wirtschaftsgrundfäße sind nicht

mehr aufrechtzuerhalten. Die Entwicklung fordert mit aller Kraft die entscheidende Betonung des sozialen Wirtschaftsgedankens, der Einheits-, Gemeinheits-, Volksverbundenheitsgedanke ist. Aus dem „Kampf aller gegen alle“ kann nicht die höchstmögliche Wirtschaftsleistung entspringen, worauf letzten Endes alles ankommt, wenn christlich das Ziel zu erreichen versucht wird, dem Volke, den Massen, die Lebenshaltung und gleichzeitig die Kulturmöglichkeiten zu verbessern. An die Stelle des Kampfes aller gegen alle muß die wirtschaftliche Planmäßigkeit, Ordnung, Übersichtlichkeit, Berechenbarkeit, eben die wirtschaftliche Vernunft treten, die ausschließlich dem Allgemein-, dem Volks- und Staatswohl dienen will und darüber hinaus dem Wohle der Menschheit überhaupt. Das sind zwar noch weite, fernliegende Ziele, aber es sind gleichzeitig hohe, sittlich starke Ideale. Wo aber sind im liberalistisch-individualistischen Wirtschaftsgeschehen, wenn es noch Wirtschaft wäre, solche Ideale? Sie sind nicht da und waren auch niemals da. Wohl entsprangen dem alten Wirtschaftssystem Fleiß und Tüchtigkeit, was gewiß nicht zu unterschätzen ist. Aber Fleiß und Tüchtigkeit können auch auf dem Boden des Wirtschaftszusammenfalls und Zusammenwirkens zum Wohle aller gedeihen. Es gibt edlere Triebkräfte dafür als es die Selbstsucht ist.

Es wird ja oft von der Wirtschaftsarbeit als von einer „Ware“ gesprochen. Es wäre wohl besser, wenn etwas schärfer über den Begriff „Ware“ nachgedacht würde, denn dann würde die Gleichstellung der bezahlten Berufstätigkeit mit einer toten Sache vielleicht doch aufgehoben. Merkwürdig ist, daß die Arbeit der wirtschaftlich Selbständigen und die Arbeit der sogenannten Wirtschaftsführer nicht als „Ware“ bezeichnet werden, sondern nur die Arbeit der Lohnempfänger. Wenn schon „Arbeit“ eine „Ware“ ist, dann müßte es doch wohl jede Arbeit sein. Wo will man sonst den Trennungspunkt ziehen, und was ist die Arbeit jenseits eines solchen Trennungspunktes? Das überall deutlich erkennbare Bestreben, in jede selbständige und leitende Arbeit hohe Persönlichkeitswerte und edle Ideale hineinzulegen, muß die in abhängiger Wirtschaftstellung Arbeitenden verstimmen, weil die Absicht dahintersteht, sich selbst hervorzuhoben, um auf Kosten anderer, auf Kosten der Wahrheit und des Rechts Vorteile zu erlangen. Das wirtschaftliche Arbeitsgebiet ist ein Ganzes und die Arbeitsvorgänge in diesem Gebiet sollten auch als ein Ganzes gesehen und gewertet werden. Daß das nicht erkannt oder nicht zugegeben wird, weiß davon allerhand Nachteile befristet werden, das ist in der Hauptsache das geistig Kranke in der bestehenden Wirtschaft. Zur Zeit der Sklaverei, als der Mensch, der für andre arbeiten sollte, käuflich war, konnte die Arbeit der Ware gleichgestellt werden. Aus diesen Tiefen ihres Werdens ist die Menschheit um doch glücklicherweise durchweg emporgestiegen. Es sollte aber alles vermeiden werden, was zu einer Art verfeinerter Sklaverei zurückführen könnte. Würde heute, die Arbeit frei nach Angebot und Nachfrage, wie eine „Ware gehandelt“, dann wäre das weiter nichts, als ein Zurückfallen in die Zustände der Sklaverei. Bei der gegenwärtigen Massen- und Dauerarbeitslosigkeit würde die Ware „Arbeit“ ganz bestimmt nur einen so niedrigen Preis erzielen, daß, ähnlich wie in der Zeit des Freihandelskapitalismus, die Familien verhungern und verkommen müßten, auch dann, wenn sie noch so fleißig, noch so geschickt und zuverlässig, noch so verantwortungsvoll arbeiten würden. Und der Wirtschaftsführer allgemeinschädlichster Art würde es noch viel mehr geben, als leider auch jetzt noch vorhanden sind, wenn die Bemessung der Höhe des Arbeitslohns eine unbeeinflussbare Mittelkraft der Befehle der Arbeits- und Selbstbehauptungsmittel des Volkes, ja, des Volkes, würde. Die mit Bestreben und Führerpflichten betrauten Berufstätigen sind keine Übermenschen, weder ihrer beruflichen Tüchtigkeit nach, noch ihrem geistigen und sittlichen Können nach. Nichts hat

gerade die neuere Zeit deutlicher bewiesen als dies. Wenn es den wirtschaftlichen Machthabern gelänge, den Widerstand der Gewerkschaften zu beseitigen und damit die schon jetzt viel zu große Macht des Besitzes schier schrankenlos zu gestalten, dann müßte die Menschheitskultur sehr schnell auf eine so tiefe Stufe der Kultur zurückfallen, wie es den meisten heute noch unvorstellbar ist.

Heute ist die Entwicklung glücklicherweise so weit gediehen, daß die Gleichberechtigung der Menschen grundsätzlich im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben anerkannt werden muß, wenn es auch manchem schwer fällt. Und darum ist Arbeit mehr als nur „Ware“, Arbeit ist Grundlage und Kraftquelle des Lebens aller Menschen. M. S.

Das Buchgewerbe im Ausland

Tschechoslowakei. Durch die Reisen der in tschechoslowakischen Republik lebenden ausländischen Arbeiter geht eine schwere Benutzungs-, Verschleppungs- und Vorurteilswelle der letzten Zeit lassen die Befürchtung aufkommen, daß man sich dieser Arbeiter durch behördliche Ausweisungsmassnahmen zu entledigen versuchen will. Abgesehen von der auch hier in einem beängstigenden Maß um sich greifenden Wirtschaftskrise und im Gefolge damit der answachsenden Arbeitslosigkeit, gelangen die Maßnahmen der Behörden gegen Ausländer eigentlich erst durch eine unerschämte brutale Schikane der polnischen Behörden zur Ausführung, die 800 tschechoslowakische Arbeiter samt ihren Familien unter dem fadenheimgelben Vorwand der „politischen Unzuverlässigkeit“ — ganz wie zu Zeiten des Zarenregimes — einfach des Landes verwies. Die tschechoslowakischen Behörden quittieren diese Maßregel der Polen damit, daß sie die Aufenthaltserlaubnis der polnischen Staatsbürger nicht mehr verlängern, wodurch diese gezwungen werden, das tschechoslowakische Staatsgebiet zu verlassen; unter diesen Opfern der Staatschikanen befinden sich auch Kollegen. Die Rechtslage der in der Tschechoslowakei sich befindenden ausländischen Arbeiter, unter denen sich sehr viele reichsdeutsche und österreichische Kollegen befinden, ist nach dem am 13. März 1928 erlassenen Gesetz zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes — das viel später als ähnliche Gesetze in anderen Staaten herauskam — kurz folgende: Auf Ausländer, die vor dem 1. Mai 1923 in das Gebiet der Tschechoslowakei gekommen sind und sich ferner dort ununterbrochen aufhalten, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung. Diese Ausländer erhalten von der polnischen Behörde eine Bescheinigung, auf Grund der sie in der Tschechoslowakei beschäftigt werden können, ohne daß der Unternehmer verpflichtet ist, um eine behördliche Bewilligung hierfür anzufordern. Diese Kategorie von Ausländern „müßte“ als „keinen“ „Schuldverhältnis“ als denen, die die Paß- und Meldebüchlein vorzulegen. Die Beschäftigung von solchen Ausländern über, die nach dem 1. Mai 1923 in die Tschechoslowakei kamen, ist auf eine Bewilligung der zuständigen Behörde gebunden, die einer verständlich abgefaßten Gebühr von 100 bis 1000 Kr. unterliegt. Bei jedesmaligem Wechsel des Unternehmers hat dieser um die Bewilligung anzufordern, wie dieser auch verpflichtet ist, den Austritt eines Ausländers der Behörde zur Kenntnis zu bringen. Vorübergehend beschäftigte Monteure unterliegen den Bestimmungen des Gesetzes nicht. Die Verbandsblätter sehen sich sehr für den Schutz des Arbeitsplatzes auch für den Ausländer ein und erwarten, daß die unerträgliche Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter bald verschwinde, wie sie anderorts aber auch den ausländischen Arbeitern den Rat geben, alle Sentimentalität beiseite zu lassen und in dem Staat, in dem sie ihren Lebensunterhalt und so ihre zweite Heimat gefunden haben, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, was sie allein vor unliebsamen Konsequenzen schützt und ihnen auch

wieder zu dem gerade für sie, den Arbeiter, wichtigen Staatsbürgerlichen Rechten verhilft. — Ein Bild von der Reichheit der Tschechoslowakei gibt ein vom Postministerium herausgegebenes Verzeichnis, nach dem 299 ausländische Zeitungen und Zeitschriften im Gebiet der tschechoslowakischen Republik verboten sind, darunter 91 österreichische, 85 reichsdeutsche und 18 ungarische.

Polen. Kurz vor Weihnachten traten die Warschauer Prinzipale mit neuen Vorschlägen auf den Plan. Im Sommer wurden die Löhne um 10 Proz. abgebaut mit einer dreimonatigen Verbindlichkeit. Angehts des kulturellen Tiefstandes mußten sich die Prinzipale aber noch größeren Appetit. Die Löhne wollten sie wieder um nicht weniger als 30 Proz. reduzieren. Im einzelnen wies ihre Forderungsliste folgende Verschlechterungen auf: Abbau des Zeitungsminimums um 10 Loten, Aufhebung des 20prozentigen Zuschlags für die zweite Schicht und des allgemeinen 15prozentigen Zuschlags für Zeitungsleger, Verminderung der Urlaubstage auf die des Urlaubsgesetzes, Einführung der 35tägigen Arbeitswoche mit der Maßgabe, daß an einzelnen Arbeitstagen acht Stunden gearbeitet werden darf, und schließlich Streiktypen von 7 bis 1 Uhr nachts. Diese Verschlechterungen begründeten die Prinzipale damit, daß die Löhne der Warschauer Buchdrucker viel höher seien als in London, Wien oder Berlin und auch höher als die Gehälter der Staatsbeamten mit höherer Schulbildung. Die Gehilfenvertreter, die diese Behauptung auf ihren wahren Wert zurückführten, lehnten die Prinzipalsforderungen samt und sonders ab und verlangten insbesondere die Einführung der fünfjährigen Arbeitswoche mit entsprechendem Lohnausgleich zwecks Unterbringung der arbeitslosen Kollegen. Die Gehilfen seien bereit, die Löhne um höchstens 4 Proz. senken zu lassen; von einem 30prozentigen Lohnabbau könne überhaupt keine Rede sein, andernfalls werde ein allgemeiner Streik der Warschauer Buchdrucker das Endergebnis sein. Da die Prinzipale nicht nachgeben wollten, wurde der Streik ausgerufen. Das Streikflugblatt war schon zur Verbreitung in den Betrieben durchgegeben, als es dem Arbeitsinspektor gelang, den Streik zu stillen. Auf einem fünfprozentigen Lohnabzug blieb im wesentlichen der bis dahin geltende Zustand bestehen. Der schäbige Angriff auf die Existenz der graphischen Arbeiter veranlaßte das Warschauer Parteiunternehmen, das den „Robotnik“ herausgibt, aus der Prinzipalsorganisation auszutreten. — Zu gleicher Zeit fand auch in Lemberg eine Lohnbewegung statt. Auch dort war schon der Tag des Streikbeginns festgelegt, als es dem Arbeitsinspektor in letzter Stunde gelang, die Prinzipale zu einem Kompromiß zu bewegen. Sie verweigerten einen 30prozentigen Lohnabbau nicht einigen anderen erheblichen Verschlechterungen. Einhellig wurden die Prinzipalsforderungen seitens des Personals abgelehnt. Nach langen schwierigen Verhandlungen wurde schließlich im Hinblick auf die schwierige Lage des graphischen Gewerbes das Minimum um fast 7 Proz. gesenkt, der Zuschlag für Zeitungsleger wurde auch für die zweite Schicht festgelegt. Der Tarifvertrag wurde garantiert, neue Verträge dürfen nicht eingestuft werden, die bisherige Teuerungsindeuz wurde stillgelegt, alle sonstigen Positionen des letzten Lohnvertrages blieben in Kraft. Die Vereinbarung dauert sechs Monate. Die Taktik der Prinzipale zielte darauf, den Verband zu zerschmettern oder mindestens zu schwächen und einen tariflosen Zustand herbeizuführen. Die Betriebsleitungen sollten bezüglich der Lohnfestsetzung mit jedem einzelnen Gehilfen freie Hand behalten und die Arbeitszeit nach Belieben anordnen, und zwar dergestalt, daß bei Arbeitsmangel früher Feierabend sein sollte und dafür bei Arbeitsandrang länger gearbeitet werden durfte. Sie wollten auch die unbequemem

Berufliche oder schulmäßige Berufsbildung

Aber den Wert und den Einfluß der schulmäßigen Erziehungsarbeit im Rahmen der Berufsbildung ist die Ansicht unter der Kollegenschaft heute wie früher sehr verschieden. Je nach Erfahrungen erlitt sich ein Teil der Kollegen gegen die schulmäßige Bildung, weil sie nicht selten für die praktische Arbeit keinen sichtbaren Vorteil bietet. Der andere Teil steht in der Erziehungsarbeit, die von den Fach- und Kunstgewerbeschulen geleistet wird, ein wertvolles Mittel zur Förderung des Nachwuchses. Bedenklich wird die Sache aber dann, wenn in den Schulen dem Gewerbe fremd gegenüberstehende junge Leute ausgebildet werden, die sich später in den Betrieben unsachlich bemerkbar machen. Vor einer solchen Ausbildung muß eindringlich gewarnt werden. Wie die Arbeit selbstbewußt geleiteter Schulen für das Gewerbe nutzbar gemacht werden kann, zeigte sich deutlich in zwei Ausstellungen, die kürzlich im Buchgewerbeverband des Verbandshauses in Berlin Aufnahme fanden. Zunächst war es eine Ausstellung der graphischen Abteilung der Kunstgewerbeschule Bielefeld, die bekanntlich unter Leitung des Professors Otto Kraft steht und an der auch unser Kollege Wilhelm Leemann als Lehrer wirkt. Die Ausstellung ließ den Weg erkennen, den heute unser Nachwuchs gehen muß, wenn er mitbestimmend in der Gestaltung zeitgemäßer Typographie sein will. Es gibt in den deutschen Kunstgewerbeschulen nicht viele graphische Abteilungen, die dieser wichtigen Aufgabe gerecht werden. Unter diesen wenigen nimmt zweifellos die Bielefelder Kunstgewerbeschule einen hervorragenden Platz ein. Ein Bild der Entwicklung und des gegenwärtigen Standes dieser Schule ergab in übersichtlicher

Weise die Dezenterausstellung im Verbandshaus. Sie zeigte deutlich den Bildungsgang, den jeder Schüler gehen muß. Daß dieser Weg von der Schulleitung reiflich durchdacht ist, zeigten neben den äußerst sauber ausgeführten Stiggenblättern und den exakt geschriebenen und gelegten Schriftzeilen alle Arbeiten der Fachabteilungen. Als graphische Ausdrucksmittel wurden vorwiegend die Typographie und die Phototechnik angewandt. Der größte Teil der Arbeiten wirkte in seinem Aufbau und seiner Organisation vorbildlich. Ebenso lehrreich waren die Aufbau- und Kompositionenübungen, die durch Versuchen und Probieren zu wichtigen und nützlichen Erkenntnissen führten. Die fertigen Werk- und Werbendrucke, wie Buchtitel, Wachsen, Plakate, Pakungen usw., ergaben denn auch recht natürliche und ungewundene Lösungen der gestellten Aufgaben. Es war eine Freude, die straffe Gliederung in der Fäße und die Sicherheit in der Formgestaltung feststellen zu können. Die Schule hat mit dieser Ausstellung den guten Ruf, den sie in Fachkreisen genießt, von neuem gerechtfertigt.

Die zweite Ausstellung, die noch gegenwärtig den Buchgewerbeverband füllt, enthält 200 der besten Entwürfe des Wettbewerbs, den der Deutsche Buchgewerbeverein in Leipzig für das von ihm herausgegebene „Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgeschichte“ Mitte vorigen Jahres ausgeschrieben hatte. Wie bei den Umschlagwettbewerben für die „Typographischen Mitteilungen“, gingen auch hier viele Entwürfe ein. In großer Zahl beteiligten sich daran auch unsere Verbandskollegen, die ihre Stellung zum größten Teil in der Fortbildungskursen des Bildungsverbandes erhalten haben. Sie stellten also ihr Können dem der Besucher der Fach- und Kunstgewerbe-

schulen an die Seite und haben — das muß anerkannt werden — gut dabei abgeschnitten. Das ist sicher ein Beweis dafür, daß die Praxis immer noch die beste Lehrmeisterin ist. Das geschulte Gefühl für Flächenaufteilung, die gefärfte Auffassung für Formen, die diese Entwürfe zeigen, sind Merkmale der Erziehungsarbeit, die von den Kurzen des Bildungsverbandes in die Praxis übergehen.

Interessant ist nun die Feststellung, daß die Entwürfe, die von Schülern oder deren ehemaligen Schülern ausgehen, durch ihre „Richtung“ noch deutlich ihre Herkunft erkennen lassen, ein Zeichen, daß die Besucher der Schulen sich den Einwirkungen ihrer Bildungstätte nur schwer entziehen können.

In dem Wettbewerb beteiligten sich außer der deutschen Kollegenschaft auch ausländische Buchdrucker. Daburh bietet der Wettbewerb einen Vergleich zwischen der Ausstattungsweise in den verschiedenen Ländern, der ebenfalls nicht zungunsten der Fortbildungsbewegung der deutschen Gehilfenchaft ausfällt. Eine weitere Bereicherung erfuhr die Ausstellung noch durch die außer Wettbewerb eingezeichneten Entwürfe der deutschen Schriftgiebereien, die gleichfalls gute Lösungen enthielten.

Es ist erfreulich festzustellen, daß so viel positives und reifes Schaffen in allen Entwürfen der Ausstellung enthalten ist, und daß die meisten Entwerfer sich bemühten, den bibliophilen Charakter der Zeitschrift, für den der Titel gilt, auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen. Sie hatten also die richtige Auffassung, daß der Titel als organischer Teil der Zeitschrift anzusehen und dem Inhalt entsprechend zu gestalten ist. In den Arbeiten zeigt sich aber nicht nur ein guter Gestaltungswille, sondern es sind auch

Arbeiter „austauschen“, Streikbrecher aus Polen anwerben und alle Verbandsmitglieder auspersieren. Diese Drohungen fielen aber glatt ins Wasser, denn die Lemberger graphische Arbeiterkassette hielt einig zusammen und sprach ihren Vertretern Dank und Vertrauen aus. — Die immer noch zunehmende Arbeitslosigkeit reiht in den Verbandsbüros ganz empfindliche Löhler. Die Einnahmen bleiben hinter den Ausgaben immer weiter zurück. Sämtliche Unterhaltungen mußten in allen Bezirken gesenkt und Extrabeiträge zwecks Deckung des Defizits eingeführt werden. Die Reiseunterstützung wurde ganz beseitigt. Zu Anerkennung der niederdrückenden Sachlage haben sämtliche Mitgliedschaften auch das neue Opferwillig auf sich genommen, um die notleidenden Kollegen nicht vollends der Verzweiflung zu überantworten. Das ist um so mehr anzuerkennen, als schon je zwei arbeitende Verbandsmitglieder einem in Not geratenen Kollegen unter die Arme greifen müssen. — In Lodz wurde zwischen dem Verband und den Zeitungsbetrieben eine neue Lohn- und Arbeitsordnung auf folgender Grundlage abgeschlossen: Das Minimum wird um 5 Proz. gesenkt. Der Zuschlag für Maschinensetzer beträgt 30 Proz., für Nacharbeit an der Zeitung 50, vom Sonntag zum Montag 100 Proz. für alle Zeitungssetzer Die Arbeitswoche beträgt 46 Stunden. In Zeitungsdruckereien werden keine Lehrlinge beschäftigt, die unter einem Jahr beschäftigt werden sofort entlassen. Es dürfen nur Verbandsmitglieder beschäftigt werden. Alle Feiertage werden bezahlt. Wegen Teilnahme an der Lohnbewegung darf niemand geschäftet werden. Der Vertrag läuft bis 19. Oktober 1932. Nur eine Zeitung, der „Kodzer Kurier“, stellte sich außerhalb des neuen Vertrags. Der Verleger ist zwar ein Rechtsanwalt, aber niequads werden die Arbeitsbedingungen so mißachtet, wie gerade in seiner Druckbude. Bis zu 16 Stunden und länger „darf“ man dort ohne Entschädigung für Mehrarbeit malochen. Vom Tariflohn ist keine Rede. An den Gehaltsmaschinen werden noch Frauen beschäftigt, die am liebsten zulässige Lehrlingslöhne hält sich der famose Rechtschüler ebenfalls nicht. Er versteht es ausgezeichnet, die Arbeitsbehörde an der Nase herumzuführen. — Für den Regierungsbezirk Posen wurde die Lehrlingslöhne amtlich neu geregelt. Danach darf in Buchdruckereien mit bis 5 Gehilfen kein Lehrling beschäftigt werden, dies ist erst bei 5 bis 10 Gehilfen zulässig, sonst auf je 10 Gehilfen ein Lehrling, in allen andern graphischen Betrieben auf je 5 Gehilfen. Die Posener Regelung der Lehrlingsfrage ist viel günstiger als die vom Arbeitsminister zur Einführung empfohlene Lehrlingslöhne, die auf je 5 Gehilfen einen Lehrling zulassen will. Es ist zu hoffen, daß der schrankenlosen Ausbeutung der jungen Menschen im graphischen Gewerbe nimmehr Einhalt geboten wird. — Vor dem Weltkrieg bestand in Polen die Vereinigung polnischer Buchdrucker, die mit dem deutschen Verband in Organisationsgemeinschaft stand. Diese Vereinigung, die von 33 Kollegen gegründet wurde und bei Ausbruch des Krieges 165 Mitglieder zählte, konnte im vorigen Jahr ihr 10jähriges Jubiläum feiern. Sie wird als Patin des jetzigen Buchdruckerverbandes für Polen betrachtet. Der „Informator“, das Verbandsorgan der Posener Buchdrucker, hat jene Erscheinungen aus Mangel an Geldmitteln eingestellt.

Frankreich. In einem Europaeserückblick kam der Zentralvorstand des französischen Buchdruckerverbandes in seiner Betrachtung über die allgemeine Lage auch auf die Spaltung zurück, die die kommunistische Richtung vor nimmehr zehn Jahren glarvot durchzuführen zu müssen und deren Rückwärtigen sie heute glaubt abzuwenden zu können, indem sie ihre Anhänger als die alleinigen Verfechter des Gedankens der Einheitsfront hinflehen möchte. Der Zentralvorstand ist heute, wie von Anfang an, noch der Ansicht, daß den Abtrünnigen, die momentan im kommunistischen Verband organisiert sind, jederzeit der Wieder-

eintritt in die Mutterorganisation offen steht, daß sie sich aber damit abfinden müssen, daß ihnen in diesem Fall keine Extrawürst geboten werden kann, wie manche von ihnen voraussehen, indem sie die Jahre ihrer Abwesenheit vom Verband als Verbandsjahre angerechnet haben möchten, was für die Berechnung der Invalidenrente in die Waagschale fallen würde. Das Zurückfinden in die Organisation vollzieht sich nur unter der Bedingung: „Weder Sanktionen noch Belohnung“. Weiterhin stellte der Neujahrsartikel fest, daß die allgemeine Wirtschaftslage sich zu Ende 1931 sehr verschlechtert hat, was in der steigenden Arbeitslosenziffer auch im Buchdruckgewerbe deutlich zum Ausdruck kommt. Trotz alledem hält der Zentralvorstand die Lage nicht für verzweifelt. Man hat, so schrieb er, vor dem Krieg, in den Kriegs- und Nachkriegsjahren schwerere Zeiten durchlebt, die Organisation wird auch die heutigen Verhältnisse zu meistern wissen. Sie zählt hierbei auf ihre Angehörigen. — Für die Periode vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1931 wurden dem Bucharbeiterverband vom Arbeitsministerium 147 670 Fr. Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gewährt. Der kommunistische Verband erhielt 76 837 Fr., die katholischen Pariser Disziplinen 331 Fr. — In einem Bericht an die „Imprimerie Française“ wurde dargelegt, daß die Sektion Algier in Nordafrika im Laufe des letzten Jahres einen unerwartet schönen Aufschwung genommen hat, dank einer rastlosen organisatorischen Tätigkeit. Der Lohn, der sich Anfang Januar 1931 auf 41,50 Fr. stellte, stieg bis zu Ende des Jahres auf 49 Fr. Daneben war die Erfüllung anderer Forderungen, Urlaub und bezahlte Feiertage, als weiteres Aktivkonto zu buchen. Wenn heute auch in Algier eine gewisse Arbeitslosigkeit festzustellen ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß allzu viele europäische Kollegen das nordafrikanische Gebiet als eine Art Eskaraffenland ansehen, und sich willig anwerben lassen unter Bedingungen, die manchmal unter den ortsüblichen liegen. Der Vorstand wünscht daher, daß die Kollegen bei Stellenangeboten vorher Erkundigungen einziehen. — Die Tariffbewegung in der Region Nord und Nordwest hat eingelebt. Der Zentralvorstand wird der Bewegung volle Unterstützung angedeihen lassen. — Infolge Sinkens der Indexziffer hat Strasbourg und die Region Elsaß-Lothringen im Laufe des Jahres 1931 einen Gesamtlöhnausfall von 21,50 Fr. pro Gehilfe und pro Woche zu verzeichnen. Die Indexziffer ist von 661 auf 617 Punkte zurückgegangen. Die Ursachen dieses Rückganges werden in Gehilfenleihen, Gehalts, beinahe heftig kommentiert. Man ist allgemein der Ansicht, daß die tatsächliche Basis der Lebensmittel mit der aufgestellten amtlichen Indexziffer schlecht übereinstimmt. Die Gruppe Elsaß-Lothringen des französischen Bucharbeiterverbandes hat momentan zwei Mitglieder in ihren Reihen, die auf eine 60jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Es sind die Kollegen Friedrich Englert (Straßburg) und Heinrich Wetzey (Straßburg). — Per Jaille's verzeichnet einen Rückgang des Stundenlohns um 25 Cent. Der Tagelohn beträgt 51,00 Fr. — Die Sektion Alja hatte die Forderung eines Goldlohnes von 7 Fr. pro Tag gestellt. Die Prinzipale boten 6,50 Fr.; man einigte sich schließlich auf 6,75 Fr. — Die Pariser Prinzipalität will den Gehilfenlohn um 0,25 Fr. pro Stunde senken, weil die Indexziffer um 24 Punkte gefallen ist. Die Sektion weigert sich, diese Serachung anzunehmen und wird jeden Kollegen, der wegen Ablehnung dieses Abzuges entlassen werden sollte, als Streikenden anerkennen.

Belgien. Die „Voix Typographique“, das Organ der Sektion Brüssel, verbreitet eine Mitteilung, die kaum glaublich dünkt, die aber, falls sie richtig ist, ein großes Schlaglicht wirft auf die Praktiken gewisser Leute, die den Streik der Sektion Brüssel zum Scheitern brachten. Der Kongress in Antwerpen hatte beschlossen, daß die Disziplinentruppe in Brüssel sich aufzulösen habe, und deren Angehörige wieder in die Listen der „Association Typographique“ von Brüssel einguliebert seien. Der Zentralpräsident Stordeur hat sich jedoch geweigert, dem Beschluß des Kongresses nachzukommen. Die Krisis im Zentralvorstand des Typographenbundes ist damit zum Ausbruch gekommen. Die Eiterbeule ist gepflast, schreibt das oben zitierte Blatt.

Großbritannien. Es ist schwer für die organisierten Buchdrucker Englands, bei Beginn des neuen Jahres irgendwelchen Optimismus aufzubringen. Weder aus der Hauptstadt noch aus der Provinz und Schottland kommen Nachrichten, die mit Befriedigung erfüllen können. Im Gegenteil, der halbjährliche Bericht der Typographical association, des Provinzverbandes, hat nicht wenige Verleser in Ungemut gebracht. Ein Zuwachs von mehr als 10 000 Pfund in der Arbeitslosenunterstützung und ein Verlust von 12 000 Pfund in der Finanzverwaltung der Organisation, das sind Tatsachen, die stark zu denken geben. Kein Wunder, daß die Verbandsleitung der Zukunft mit Sorge entgegensteht. In der Tat betrachtet sie selbst die Ereignisse des letzten Jahres als katastrophal. Nicht weniger als 30 000 Pfund wurden für Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt, was gewiß den Rekord in der Geschichte der Association bildet. Die einzige befriedigende Mitteilung im ganzen Bericht ist der kleine Zuwachs von 21 Mitgliedern, wodurch die Gesamtmitgliedszahl die Höhe von 35 000 erreicht hat. Aus der Zahlenmasse des Berichts wird die Tatsache ersichtlich, daß sich mehr und mehr gewisse Verlagerungen in den allgemeinen Industrien vollziehen, und zwar vom industriellen Nordengland nach dem Süden, wo ein weniger guter Gewerkschaftsgeist herrscht. Dem Arbeitsministerium blieb es vorbehalten, in einer amtlichen Veröffentlichung zuerst auf diese Tatsache hinzuweisen. Es wurde darin über einen Zuwachs von 24,7 Proz. an versicherten Personen in Süd-

england berichtet, gegenüber einem solchen von nur 8,4 Proz. in Nordengland. Diese Bewegung zeigt sich auch im Buchdruckgewerbe an der verhältnismäßigen Belastung für Arbeitslosenunterstützung. In Nordengland hat jeder vollbeschäftigte Buchdrucker weit höhere lokale Beiträge dafür aufzubringen, als es in Südensland der Fall ist. Nur in London liegen die Dinge hinsichtlich der Unterstützungsleistungen für die Arbeitslosen ähnlich wie in den nordenglischen Städten. Hier sind etwa 10 Proz. der Mitgliedschaft arbeitslos. — Im reinen Zeitungsgewerbe ist die Gehaltslage sehr klar und niederdrückend. Nur die stärksten Unternehmungen scheinen den Sturm unbeschädigt auszuhalten; für die andern ist der Kampf ums Dasein sehr schwer. „Manchester Guardian“ hat seinen berühmten Schriftleiter C. D. Scott im Alter von 84 Jahren durch den Tod eingebüßt. Während mehr als vier Jahrzehnten ist er eine führende Persönlichkeit in der Zeitungswelt gewesen. Frei und unabhängig gekannt, war seine Meinung maßgebend im politischen Leben Englands, besonders Nordenglands. — Ein anderer Veteran, nämlich Kollege C. W. Bowerman, vormalig Parlamentsmitglied während 25 Jahren für den Londoner Wahlkreis Deptford und Mitglied der Londoner Sehergesellschaft, kündigte seinen Rücktritt vom politischen Leben an. Kollege Bowerman ist 80 Jahre alt und eine beliebte Persönlichkeit in den Buchdruckerkreisen Londons.

Korrespondenzen

Berlin. (Sander) Der Dezember brachte die erste praktische Auswirkung der wachen der Ortsgruppe Berlin des Bildungsverbandes und untrer Vereinigung geschaffenen Arbeitsgemeinschaft, die, aus der Kiste des heutigen Berufslebens geboren, den Zweck erfüllen soll, Veranstaltungen mit beiderseitig nahegelegenen Interessen aus Erparnisgründen gemeinsam durchzuführen. Diese erste Versammlung war ein voller Erfolg dieser Arbeitsgemeinschaft. Den Anstalt gab Fachoberlehrer Heinrich Schulte in einer Besprechung der im Lichtbild gezeigten Arbeiten des Neujahrsartenwettbewerbs des Berliner Gauvereins. Wenn Not und Elend, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit auf der ganzen Linie unsre Tage kennzeichnen, erscheint es beinahe absurd, überhaupt einen Glückwunsch zum Jahreswechsel zu verschiden. Tut man es dennoch, so darf nichts verschönt werden durch Abumwerse und dergleichen; kurze, klare Worte, die auf Kampf und Fortschritt eingestellt sind, sollen dann in einer klaren typographischen Form zur Geltung kommen, die den Willen des Glückwünschens noch unterstreichen. Unter Berücksichtigung der besonderen Schwierigkeiten dieses Wettbewerbs (der Text war ebenfalls frei zur Wahl gestellt) war der Durchschnitt der eingegangenen 96 Gehilfenarbeiten erfreulich hochstehend. Typographie von vorgeferten, getrennt und heute mit gebundenem Niveau war darunter, aber auch Typographie von morgen, das heißt typographische Ansätze, die in die Zukunft weisen. Zu den eingegangenen 42 Lehrlingsarbeiten darf hier wohl einmal gesagt werden, daß es zwar „erztafelt“ ist, „bedenklich“ „Gefühlsbegrüner“ zu Wettbewerbenden (bei getrennter Bewertung) heranzuziehen, doch ist diese Aufgabe, einen selbstgeschaffenen Text in eine gute typographische Form zu bringen, wohl noch allgemein zu schwierig und dürfte unter Umständen zu einer Verdrücklichkeit und Verleumdung der Beteiligung an Wettbewerben führen. Alles in allem ein schöner Erfolg. Im Vortrag „Der Arbeitsdag auf der Maschine“ führte Kollege Sander aus, daß zur Herstellung einer „Arbeitsdag“ immer eine enge und verbindende Zusammenarbeit zwischen Maschinenleger und dem dieses Maschinenprodukt verarbeitenden Handfeger notwendig ist. In guten Lichtbildern zeigte er vorerst den Stand der heutigen Gehilfenmaschinenteknik unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik, zeigte die Einbecker, Doppels- und Vierbecker, ferner die Ludlow und Erud. einige Bearbeitungsmaschinen, und ging dann auf die Arbeitsweise der einzelnen Maschinen näher ein. Sich das Wohlwollen eines Maschinenlegers zu erwerben, ist leicht! Man kann es durch Erfüllung seiner ersten Grundforderung: gutes, leicht lesliches Manuskript! Es darf heute einfach nicht vorkommen, daß dem Maschinenleger ein Manuskript in die Hand gegeben wird, bei dem er erst ein längeres Studium, vielleicht unter Hinzuziehung anderer Kollegen, durchmachen muß. Dieser Aufenthalt sowohl wie die sich daraus ergebenden Verzögerungen werden doppelt aufgewogen durch ein Abschreiben des ganzen Manuskripts auf der Schreibmaschine. Gest aber die Arbeit des Maschinenlegers über die Herstellung von Zeitungs- oder glatten Verlags hinaus, geht er zur Arbeitsdag, zu Anzeigen, Katalogen, Prospekten, zum Einbauen von Klischees über, dann ist eine Skizze, ein Entwurf, Vorbildung. Diese Skizze herzustellen, ist Sache des Handfegers. Von ihm muß die ganze Arbeit von Anfang bis Ende so vollkommen durchdacht und mit dem Bewußtsein zu Papier gebracht sein, daß für den Maschinenleger während seiner Arbeit keinerlei Zweifel aufkommen kann. Angabe der Schrift, des Schriftgrades, der Zeilenbreite (besonders wenn Klischees einzubauen sind), des Durchschusses, des geperrt, halbperrt, fett oder lufzig, das alles sind für den Maschinenleger unbedingte Notwendigkeiten. Bei Werten mit Bildern oder Interlaken ist es geradezu vorteilhaft, eine vollständige Skizze jeder Seite mit all diesen Angaben dem Schreibmaschinenmanuskript anzuhängen, um jeden Zweifel von vornherein auszufallen. Selbstverständliche Voraussetzungen ist aber auch für den Maschinenleger, daß er wissen muß, welche Anforderungen heute an einen guten Satz gestellt werden. Also nicht nur das Manuskript, auch die Bedienung der Satztechnik muß für den Maschinenleger von heute notwendiges Betätigungsfeld sein. Dies in Verbindung mit den erschienenen modernen Maschinenschriften, wie Kuchstruktur, Teufel- und Erbatprotest usw., dürfte dazu beitragen, den Maschinenlag zu jenem vollwertigen Produkt herauszuheben, wie es die Lichtbilder zeigten: Maschine — und doch Arbeitsdag! In der Diskussion erwähnte Kollege Schiele, daß technisch gegen den Vortrag nichts ein-

die verschiedenen Möglichkeiten angedeutet, die dem Entwerfer durch die Verwendung der vielseitigen Typographischen und phototechnischen Hilfsmittel an die Hand gegeben werden. In der Schriftwahl haben sich die Entwerfer ebenfalls keine Beschränkungen auferlegt. Wir sehen die zur Zeit bevorzugte Kursiv, aber auch Epythienne, Antiqua, Fraktur und Gotisch; ein Beweis, daß die gegenwärtige Typographie in ihren Ausdrucksmitteln durchaus nicht arm und einseitig ist, sondern jedem freie Wahl in dem Gebrauch der Mittel läßt. Unverkennbar sind bei diesen Wettbewerben Bestrebungen zu bemerken, die wieder auf reichere Formgestaltung bei der Ausstattung der Drucksachen hinzielen.

Hingewiesen sei noch, daß bei der Durchsicht der ausgezeichneten Entwürfe einige Arbeiten auffallen, die wegen ihrer sachlichen und klaren Gliederung unserer Meinung nach bei der Wertung einen besseren Platz verdient hätten. Gewiß mag die Bewertung einer so großen Zahl von Entwürfen — es sind über 800 in — und ausländische Arbeiten eingegangen — nicht leicht sein; dennoch will es scheinen, daß bei dem Bewertungsstillegen ebenso wie bei den Entwerfern keine einseitige Auffassung über die zu lösende Aufgabe bestanden hat.

Wie schon angeführt wurde, geben beide Ausstellungen Gelegenheit, Vergleiche zwischen der theoretischen Erziehungsarbeit und deren Anwendung in der Praxis zu ziehen. Der Vergleich führt zu der Erkenntnis, daß die Kollegenarbeit trotz der Notzeit die berufliche Fortbildung nicht vernachlässigen darf, sondern sie in erhöhtem Maße pflegen muß, wenn sie nicht umfangreiche Arbeitsgebiete an andere Berufsgruppen verlieren will.

anwenden sei, aber diese Hervorhebung des Maschinentechnik in einer Zeit der Wirtschaftskrise, der Kaiserarbeitslosigkeit, auch in unserm Beruf, bei derselben Widerwind der kapitalistischen Wirtschaft wie die Tatsache, daß Baumwolle produziert oder Kaffee gebaut werde, um diese Güter näher zu verhielten, auf Hasenjadgen 1000 und mehr Hain geschossen werden, um sie näher zu vergraben. Maschinentechnik ist heute zum Fluch geworden! Wenn Frankreich sich zum Beispiel gegen die Ausnutzung technischer Neuerungen verwahrt, wäre es auch bei uns an der Zeit, solche Technik zu unterbinden. Die Prinzipalität ist sich klar darüber, diesen Nutzen der Technik zu ihrem Vorteil auszuwerten, das beweist die traurige Tatsache, daß von den in den letzten drei Jahren in Berlin ausgelebten 1227 Handseheren gerade 125 noch in Kondition stehen. Ist also der Staat nicht imstande, zu verhindern, daß durch technische Neuerungen Handarbeiter zum Hungern verurteilt werden, dann soll die Technik so lange im Studierzimmer belassen bleiben, bis sie in einer anderen Wirtschaftsordnung allen Menschen nutzbar wird und zum Segen gereicht. Kollege P a l m erwiderte, daß Kollege Schieber nicht so ganz unrecht habe, doch müsse man über die augenblicklichen Schwierigkeiten hinwegsehen. Diese seien eine Zeitercheinung, die Technik aber eine wirtschaftliche Erfahrung ganzer Generationen, die sich nicht totschlagen lasse, die sich nach Überwindung der Krise auch einmal für unser Gewerbe günstig auswirken werde. Wenn heute ungleich hohe Anforderungen an den Maschinenseher gestellt werden, so entfällt ein großer Teil auf das Schulbrot der Segemashinenfabriken. Nach Herausgabe des Schiedsbeschlusses in der Zeit von 1900 bis 1909 verdrängte sie, neue Gebiete für die Maschine in ihren Projekten zu erschließen, aber mit falschen Mitteln. Was es doch der ungeliebte Ruhm der Typographemashinenfabrik, Gutenberg's Kopf, Schmittmüller und ähnliche Kindererbinde auf der Maschine zu bauen. Die Prinzipalität greift diese Dinge auf und einige andre und verlangt von ihren Maschinensehern, sofort alles zu bauen. So ging es auch in der ersten Zeit der heutigen Stillenzeitung, bis sie sich auch in Prinzipalstreifen die Notwendigkeit eines Hand-in-Hand-Arbeitens mit dem Handleger durchdrang. Etwas mehr Verständnis ist hier noch notwendig, dann werden auch diese Krisenercheinungen verschwinden, wenn wir im Sinne einer höheren maschinellen Graphik arbeiten und uns als maschinelle Arbeitskräfte zusammenschließen. Den Schluß der Versammlung bildete die Bekanntgabe der nächsten Veranstaltungen durch die beiderseitigen Vorsitzenden.

Eisenberg i. Thür. Am 26. Dezember feierte unser Ortsverein seinen 25. Geburtstag. Dies war Anlaß zu einer schlichten, aber würdigen Morgenfeier im Gründungsort, „zur Gude“. Der Einladung des Vorstandes waren, gleichsam als Treuegelübten zur Organisation, fast alle Kollegen gefolgt. Ist auch unser Ortsverein noch jung, so sind doch andererseits die verflorenen 25 Jahre rechte Kampfsahre um die wirtschaftliche, kulturelle und politische Freiheit gewesen, und wir können mit Stolz feststellen, daß sich die Mitglieder jederzeit kampfbereit um unser farbenreiches Banner schützte, wenn die Organisation nicht auch heute, in der Stillen in ungeliebter Stille am höchsten Gebäude unserer Bekanntheit ruht. Siehe, die Eisenberger, Kollegen treu zu ihrer Organisation und ihren Berufsherrn führten. Vertrauen gegen Vertrauen. Kollege W i l h e l m Schumacher, der jetzige Vorsitzende, brachte in seiner eindrucksvollen Begrüßungsrede als das zum Ausdruck, was der Kollegenbund Herzensangelegenheit ist. Aus seinem Mitleid auf die verflorenen 25 Jahre kam die Bedeutung der idealen Kleinarbeit für die Organisation zum Ausdruck. 14 organisierte Buchdrucker waren es, die im Dezember 1906 zum Zusammenschluß in einem Ortsverein drängten. Wenn seitdem 25 Jahre verfloren sind, ist begründeter Anlaß vorhanden, um in kollegialer Weise Rückschau zu halten, zumal von den Gründern des Ortsvereins noch sieben Kollegen am Ort sind. Das Bestreben der Buchdrucker war stets auf praktische gewerkschaftsorganisatorische Arbeit gerichtet; sie waren hierin Vorbildlich für die gesamte Arbeiterbewegung. Gerade in der heutigen Zeit allgemeiner Arbeitslosigkeit und tiefster Not neigt ja mancher Kollege zur Verzweiflung, und gerade diese Kollegen gilt es besonders zu unterstützen und sie für die Organisation zu erhalten. Der Ortsverein Eisenberg hat Kollegialität und Solidarität immer als seine oberste Aufgabe betrachtet. Den Akt, die oft schwere persönliche Opfer gebracht haben, sei dies gedankt. Den jungen Kollegen wird dieses Gut übergeben mit der Forderung, es zu erhalten und weiter auszubauen. Nur die ungetroffene Machtstellung des Verbandes verbürgt das Wohl aller Berufsangehörigen. Manah alte Sache wurde aus den Protokollbüchern gelesen und ins Gedächtnis zurückgerufen. Die Kollegen folgten den Ausführungen mit großem Interesse, und die Schlüsselwörter des Vorsitzenden, die zu weiterer Treue und brüderlicher Verbundenheit aufforderten, fanden ihren Ausdruck in einem begeisterten Hoch auf den Verband und den Ortsverein. Vom Gau Thüringen, Bezirke und Ortsvereine Jena sowie vom Bezirk Gera (dem wir selber angehört) waren herzlich gefaltene kollegiale Begrüßungsschreiben eingegangen. In der folgenden Aussprache wurde immer wieder auf das feste Gefüge unserer stolzen Organisation hingewiesen. Interessant dürfte sein, daß der Ortsverein (22 Mitglieder) auch einen Kollegen in seinen Reihen hat, der schon über ein halbes Jahrhundert dem Verband die Treue hält; er befindet sich heute im Jubiläumsstand: Kollege Franz Palm, der aber auch eine langjährige Funktionstätigkeit hinter sich hat. Ihm, wie dem alten Kollegen Bruno Schlegel, der nahezu 20 Jahre Vorsitzender des Ortsvereins war, wurde herzlich gedankt, wie auch denen, die in regsamem Kleinarbeit die Bestrebungen des Ortsvereins förderten. Mit Eisenberger werden in alter Treue für unsere Sache kämpfen, denn ohne Kampf gibt es keinen Sieg! Wegen auch dunkle Wolken über der gesamten Gewerkschaftsbewegung, sie werden zerstreut werden durch den goldenen Schein der Freiheit, die zu erringen wir im Verband zusammengeschlossen sind. Das kam u. a. zum Ausdruck in dem Glückwunschschreiben unseres Gauvorstandes; und nun weiter vorwärts die nächsten Jahre, lasse sich hier durch Rückschlüsse entmutigen! Nur der starke, unerschütterliche Glaube an die Einheit im Verband wird die Bewirkung unserer Bestrebungen und wirtschaft-

lichen Ideen bringen. Jede Zersplitterung ist Verrat an uns selbst. Denken wir daran, wenn Opfer von uns verlangt werden! Vorwärts und aufwärts trotz alledem!

Gräfenhainichen. Ihre sehr gut besuchte Generalversammlung am 2. Januar wählte Kollegen F r o b e s e zum ersten Vorsitzenden. Lebhaften Unwillen erregte die rigorose Herabsetzung des Lohnes durch die letzte Notverordnung. In beweglichen Worten wurde zum Ausdruck gebracht, daß damit das Ende der Tragfähigkeit gekommen sei. Besonders scharfe Worte fand man über den Ende November vorgenommenen Abbau der geringen Übermimmenslohnung in den beiden größten Betrieben am Ort. Mit Hilfe des Gauvorstandes soll versucht werden, diesen Abbau wieder rückgängig zu machen. Trotz alledem war sich die Versammlung einig, an dem bisher gezahlten Extrabeitrag von 20 Pf. pro Woche festzuhalten, um den vollständig ausgeteuerten Kollegen eine wöchentliche Unterstützung weiterhin gewähren zu können. Wichtig wurde die Notwendigkeit betont, die Fühlung und Zusammengehörigkeit mit den Ausgeteuerten nicht zu verlieren, solange es irgend geht.

Seidelsberg. (Handseher.) Die zweite Wanderversammlung der Arbeitsgemeinschaft Mannheim-Ludwigshafen-Seidelsberg fand am 13. Dezember v. J. hier statt. Trotz der Unlust der Zeit konnte der Besuch als gut bezeichnet werden. Die Gelangabteilung „Typographia“ Seidelsberg eröffnete die Versammlung mit zwei stimmungsgemäßen Chören. Nachdem der Vorsitzende der Seidelsberger Handseherpartei, Kollege R a y, die Teilnehmer, insbesondere den Referenten und die Vertreter der einzelnen Sparten willkommen geheßen, begann Kollege M e d e r, Kreisvorsitzender des Bildungsverbandes (Karlsruhe) mit seinem Vortrag „Die Entstehung der Buchdruckerkunst und ihre Entwicklung“. Derjenige, der gelauscht hatte, in diesem Vortrag alte Bühelweisheiten und Jahreszahlen zu hören, wurde angenehm enttäuscht. Ausgehend von der Erfindung der Buchdruckerkunst durch unsern Altmelster Gutenberg, zeichnete der Referent ein scharfes Bild von der Entwicklung mit ihren Höhen und Vertiefungen. Ist auch der eigentliche Vorgang des Setzens und Druckens im Laufe der Jahrhunderte derselbe geblieben, so zeigt uns doch die Entwicklung in technischer Beziehung umwälzende Erfindungen und Verbesserungen. Gemessen an der Qualität müssen wir selber zugeben, daß die heutigen Druckerzeugnisse nicht auf der Stufe stehen wie einst, als man die Wörter Nationalisierung und Tempo noch nicht kannte. Die reichen Erfahrungen des Referenten spiegeln sich auch wider in den Schilderungen über den Berliner Mittelbetrieb. Der auf der Tagesordnung stehende Punkt „Lohnsicherung“ konnte nicht behandelt werden, da die Verhandlungen am 19. Dezember abgewartet werden mußten. Unter „Verschiedenes“ wurde u. a. angezogen, alles zu tun, um den noch immer starken Waternustausch zu unterbinden. Im Interesse unser arbeitslosen Kollegen mußte ferner jede überflüssige Arbeit vermieden werden. Nur ein gemeinsames Bollen könne hier von Erfolg getront sein. Als weiteres dankbares Betätigungsfeld der Handseherpartei wurde, die Überwachung der Beurlingalska Familie der Beurlingalsausbildung, die Schlichtung von Streitfällen usw. angeschlossen. Um das Aneinanderarbeiten: zu vermeiden, wurde, eine Arbeitsgemeinschaft aller Sparten vorgeschlagen. Mit einem Appell an die Kollegenschaft in dieser schicksalreichen Stunde trenn zur Sparte zu gehen, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Ludewalpe. Ihre Generalversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Anwesenheit des Anwesenden eines verstorbene Kollegen. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammenfassung wiedergeburt. Der Punkt „Anträge“ entrollte ein erhellendes Bild über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse am Ort. Zwei Drittel der in Kondition stehenden Kollegen arbeiten verflucht und fast alle jüngeren sind arbeitslos. Ein großer Teil der Kollegen äußerte sich dahingehend, daß sie nach dem letzten Notverordnungslohnabbau und bei der gegenwärtigen bis aufs äußerste verkürzten Arbeitszeit nicht mehr wissen, wie sie sich und ihre Familie über Wasser halten sollen. Nach längerer erregter Debatte, in der die Anzuehdenheit der Kollegen mit den gelamten gegenwärtigen Verhältnissen klar zutage trat, sagte die Versammlung schließliche folgende Resolution: „Trotz des Lohnraubs durch die Regierungsrührung finden sich immer noch proletarische Parteien und auch Gewerkschaften bereit, diese Wächter des Kapitals zu unterfassen. Wir sind mit dieser Politik des Ausweichens durchaus nicht einverstanden und verlangen vom Verband der Deutschen Buchdrucker scharfsten Kampf gegen die Unterdrückung der Arbeiterklasse. Wir protestieren gegen die Ablegung der Betriebsdienstwachen. Wir protestieren gegen die Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der zur Arbeitsdienstpflicht führt. Wir erwarten, daß sämtliche überhöhen Gehälter auf ein moralisch und finanziell zu rechtfertigendes Niveau gesenkt werden. Um den Verbandsmitgliedern eine Möglichkeit zur Verantwortung zu geben, bitten wir um schleunigste Terminlegung der Gantage und des Verbandstages.“

Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Dezember 1931 (herausgegeben am 10. Januar 1932) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Arbeitsgeber am Ende des Monats	
	Dgr. 1930	Dgr. 1931	Dgr. 1930	Dgr. 1931
Buchdrucker	22,0	32,0	4,2	14,4
Lithographen u. Steinbildner	25,7	43,1	13,0	21,4
Graphische Hilfsarbeiter	21,0	32,4	5,7	17,4
Buchbinder	23,4	36,5	14,5	28,1

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern betrafen sich Ende Dezember 1931 auf 42,8 Proz. bzw. 21,9 (gegen 31,8 bzw. 16,3 Proz. Ende Dezember 1930).

Gesilfenprüfungen für Buchdrucker in Groß-Frankfurt. Ende Februar dieses Jahres finden für Groß-Frankfurt, die Kreise Mainz-Landau, Ober-Taunus und Uffingen Gesilfenprüfungen für Setzer, Drucker, Stereotypenre und Galvanoplastiker in Frankfurt a. M. statt. Zugelassen werden die Lehrlinge, die bis spätestens 1. Juli 1932 ihre Lehrzeit beendet haben. Die Prinzipale sind, nach der Reichsgewerbeordnung verpflichtet, ihre Lehrlinge zur Ablegung der Gesilfenprüfung anzuhalten. Anmeldungen sind bis spätestens 13. Februar 1932 an den Vorsitzenden des Gesilfen-Prüfungsausschusses für das Buchdrucker-Gewerbe, Herrn Konrad End, Frankfurt a. M., Schillerstraße 16, schriftlich einzureichen. Beizufügen sind: 1. ein vom Prüfungsführer geleitetes Lebenslauf, 2. Lehrzeugnis, 3. Zeugnis von der Berufs- oder Fachschule, 4. Lehrvertrag, 5. Zutritt über die an die Handwerkskammer Frankfurt a. M. gezahlte Prüfungsgebühr, 6. begehrierte Arbeitsproben der im letzten Lebensjahr in der Fachschule hergestellten Arbeiten. Die Prüfungsgebühr beträgt 8 M. und ist vor dem Prüfungstermin in das Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 10403 der Handwerkskammer, Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Braubachstraße 18/22 (Handwerkerverein) zu überweisen.

Hermann Kube. Der langjährige Kassierer des Bundesverbandes des DGB, Hermann Kube, ist nach längerem, schwerem Leiden am 17. Januar im 67. Lebensjahr in Berlin verstorben. Er wurde am 18. September 1865 in Torgau geboren, erlernte dort das Zimmererhandwerk und kam schon in jungen Jahren zur Gewerkschaftsbewegung. In Berlin wurde Kube bald Führer der Zimmererbewegung und später Ausschussvorsitzender des Verbandes. Der Stuttgarter Gewerkschaftskongress im Jahre 1902 wählte ihn in die damalige Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die ihm nach ihrer Übersiedlung von Hamburg nach Berlin den Kassierposten übertrug. Fast 30 Jahre hat Hermann Kube diesem Posten getreulich ausgefüllt und sich des Vertrauens der Gewerkschaften in hohem Maße würdig gezeigt. Am so schwieriger gestaltete sich eine Erkrankung, als Kube seine Aktivität wegen Alters aufgab. Der Frankfurter Gewerkschaftskongress vermochte trotz vielerlei Bemühungen einen geeigneten Amtsnachfolger für den bisherigen Bundeskassierer nicht zu finden, zumal eine ganze Reihe von Nebenämtern mit der Zeit hinzugekommen waren. Kube gehörte auch dem Reichswirtschaftsrat als Mitglied an. In allen Finanz- und Baufragen des Bundesverbandes war er dessen rechte Hand und genoh unbedingtes Vertrauen. In der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird sein Name immer in Ehren genannt werden.

Polnische Diktaturjustiz. In Warschau fand jetzt nach 57tägiger Dauer der Prozess gegen die zehn „Gefangenen von Brest-Litovsk“, hervorragende Parlamentarier und Führer der Opposition gegen das Milubski-Regime, seinen Abschluß, der weit über die Grenzen Polens hinaus großes Aufsehen erregte und mit der Verurteilung der Angeklagten zu langjährigen Gefängnisstrafen, exakte. Unter den Verurteilten befanden sich auch mehrere Radikale, so die Abgeordneten Dabrowski und Blager; die jeder zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Zu den Verhafteten gehörte auch der Herausgeber der „Polonia“ in Katowick, Korfany, eine Prozessbehandlung gegen ihn fand bisher jedoch nicht statt, da er als Abgeordneter der Schlesiener Sejm Immunität genießt. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, den Sturz der gegenwärtigen Regierung auf gewaltsamem Wege angestrebt zu haben; sie wurden ferner geächtet, das Reichs nachsicht verhaftet und im Auto nach der entlegenen Zugelung Brest-Litovsk gebracht, wo sie in den Kellern untergebracht, einer entwürdigenden Behandlung unterworfen und von Milubskiposten mißhandelt wurden. Der Prozess entrollte u. a. auch ein düsteres Bild von der Unterdrückung, der Unmoral und dem ganzen Elend, unter dem das Preßwesen in Polen zu leiden hat und die die Maßnahmen des früheren zaristischen Systems in vielen Fällen weit in den Schatten stellen. Alle Zeitungen in ganz Polen, die einen Kommentar zu dem Urteil brachten, versahen der Beschlagnahme; von deutschen Zeitungen die Bromberger „Deutsche Rundschau“, die „Kattowicker Zeitung“ und der „Volkswille“ in Katowick, die „Berliner Morgenpost“, „Polnische Zeitung“ usw. Auch Erklärungen, die die Parlamentsfraktionen der Polnischen Sozialistischen Partei und der Polnischen Volkspartei im Warschauer „Robotnik“ veröffentlichten, wurden beschlagnahmt.

Sprachkurse für Arbeiter und Angestellte in Groß-Berlin. Anfang Februar beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberstufe eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtige Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und Schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzlehre; Fremdwortkunde, „mit“ oder „nich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Der Unterricht in diesem Kursus bestränkt sich nicht nur darauf, die großen Fehler der Sprachlehre zu bekämpfen, sondern will die Kursteilnehmer vor allem zu richtigem Sprechen und Schreiben der deutschen Sprache anleiten. Der Hörer wird somit die Möglichkeit gegeben, sich in diesem Kursus ein gutes Deutsch anzueignen. Zur Deckung der Unkosten wird für einen zwei Monate dauernden Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrmittel werden in allen Kursten unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin C 54, Rosenfelder Straße 13 (nahe S-Bahn Böse und U-Bahn Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist wöchentlich außer Sonnabenden von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Die Arbeitslosigkeit als Weltgeißel. Die Zahl der Arbeitslosen in der ganzen Welt beträgt nach den letzten statistischen Angaben des Völker Internationalen Arbeitsamtes über 23 Millionen. Von den Vereinigten Staaten

von Amerika und von Japan keinerlei Ziffern über deren Erwerbslosigkeit zu erhalten waren, können die angegebenen Zahlen nur als Mindestziffern betrachtet werden, die weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben dürften. Auf Grund einer vergleichenden Tabelle über den Stand der Arbeitslosigkeit Ende der Jahre 1929 und 1931 kommt das Internationale Arbeitsamt zu der Feststellung, daß die Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt im vergangenen Jahre sich weiterhin außerordentlich vergrößert hat. Am härtesten betroffen von der Arbeitslosigkeit ist Deutschland, wo die Arbeitslosigkeit Ende 1931 von 3.177.000 auf über fünf Millionen Ende 1931 gestiegen ist; die Zunahme beträgt nach den Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes 25 Proz. Die Aufzeichnung des Internationalen Arbeitsamtes erwähnt insbesondere noch die sehr beträchtliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in Frankreich. Genaue Ziffern hierüber sind allerdings nicht angegeben, da die Arbeitslosen in Frankreich nur zu einem kleinen Teil statistisch erfaßt sind. In manchen Ländern hat sich die Zahl der Arbeitslosen verdoppelt. Die weitere Verschärfung der Krise blieb nicht auf Europa beschränkt, sondern hat sich auf die ganze Welt ausgebreitet. So betrug zum Beispiel die Zunahme in den Vereinigten Staaten ungefähr 30 Proz., in Australien 35 Proz., in Kanada 40 Proz., und in Neu-Seeland sogar mehr als 100 Proz.

Einprüf gegen abermalige Verschlebung der Volkszählung. Die bereits für 1930 fällig gewesene und immer wieder hinausgeschobene Volkszählung soll entgegen den ursprünglichen Absichten nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers auch für 1932 ausfallen. Daraufhin hat der Reichsföderation bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden nochmals beantragt, die Volkszählung unbedingt im Laufe des Jahres 1932 vorzunehmen. Maßgebend für diese Stellungnahme ist, daß infolge der wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Umgestaltung die Ergebnisse der Volkszählung für 1925 unrichtig geworden und daher für die Verwaltungspraxis nicht mehr verwendbar sind. Da u. a. in Reichs- und Landesgesetzen in zahlreichen Fällen die Verwaltungszuständigkeit von der Einwohnerzahl abhängig ist und da ferner die Einwohnerzahl in vielfacher Hinsicht von maßgeblichem Einfluß auf den Finanzhaushalt ist, entstehen bei der Verwendung der Zahlen von 1925 angesichts der veränderten Verhältnisse zahlreiche Ungerechtigkeiten, die vom Gesetzgeber nicht gewollt sind. Deshalb haben die kleinen und mittleren Städte und ihre Einwohner infolge der wirtschaftlichen Umgestaltung und der neuerdings zu beobachtenden Verschlebung in der Richtung der Binnenwanderung ein dringendes Interesse an einer baldigen Volkszählung.

Aufhebung des Verbots über das Tragen von Parteiflaggen. In Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des Abwehverbots auf Grund der Vierten Rotverordnung ergeben haben, ist durch eine neue Verordnung des Reichspräsidenten die Aufhebung des Verbots verfügt worden. Das Uniformverbot wird jedoch durch diese Abänderung der Rotverordnung nicht berührt.

Verfallene Wohnung. Zu den alltäglichen Verzimmungen, mit denen der Mittelstand gegen die Konsumvereine kämpft, gehört die Behauptung, die Konsumvereine zahlten keine Steuern, obwohl in Wirklichkeit der Staat aus den Konsumvereinsbetrieben mehr Steuern zieht als aus einer Reihe Mittelstandsbetriebe mit gleich hohem Gesamtumsatz. Den Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen, sind natürlich die „Anstands-künstler“ des Mittelstandes weder fähig noch gewillt. Der Allgemeine Konsumverein für Chemnitz und Umgegend verfaßt unglücklich demjenigen eine Wohnung von 30.000 M., der den Nachweis erbringt, daß die Genossenschaft steuerfrei oder entscheidend steuerlich begünstigt sei. Also eine Summe war zu verdienen, die selbst Mittelständler nicht verachten werden. Man hätte mit Massenandrang von Bewerbern rechnen sollen: Es kam niemand! Der Verein in gewöhnlich, sein Angebot einzuziehen und den Betrag zum Steuerzins zu verwenden.

Notruf der Baugewerkschaften. Die Demagogie-Zeitschrift „Wohnungs-Wirtschaft“ veröffentlichte in ihrer Nr. 1/2 von 1932 das Ergebnis einer Umfrage, die von einer der freien Gewerkschaften nachstehenden Baugewerkschaft bei ihren Mitgliedern zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse durchgeführt wurde. Diese Zahlen sprechen eine so lehrreiche Sprache, daß sie den Stellen, die da lauben, die Verelendung der Arbeiterschaft immer noch weiter treiben zu können, nachdrücklich unter die Nase gehalten werden müssen. Wir geben die wichtigsten Ziffern der Umfrage hier wieder. Von den Mitgliedern der Gewerkschaft sind 50 Proz. Volkbeschäftigte und Kurzarbeiter, 11 Proz. Rentempfangler, 13 Proz. Arbeitslose und Unterhaltungsempfänger, 23 Proz. ohne Einkommen

bzw. Wohlfahrtsempfänger. Wie sieht das Familieneinkommen dieser „Volkbeschäftigten“ und „... empfänger“ aus? Auf 24,1 Proz. der Genossenschaftler kommen bis zu 50 M. monatlich, auf 15,4 Proz. 51 bis 75 M., auf 12,2 Proz. 76 bis 100 M., auf 22,2 Proz. 101 bis 150 M., auf 16,2 Proz. 151 bis 200 M., auf 4,5 Proz. 201 bis 300 M., auf 4,5 Proz. über 300 M. Gegenüber diesen Ziffern sind alle Anstrengungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Mieten auf ein erträgliches Maß zu setzen, zum Scheitern verurteilt. Die Monatsmieten betragen bei der in Rede stehenden Baugewerkschaft zwischen 20 und 55 M. Vom Familieneinkommen (einschließlich Rente und Unterstützung) müssen alle für Miete ausgegeben werden: bei 12,2 Proz. der Mitglieder 20 Proz., bei 29,8 Proz. 21 bis 30 Proz., bei 15,2 Proz. 31 bis 40 Proz., bei 7,5 Proz. 41 bis 50 Proz., bei 11,5 Proz. 51 bis 75 Proz., bei 7,5 Proz. 76 bis 100 Proz. Rund 16 Proz. können alles in allem nicht so viel zusammenkratzen, um den Mietbetrag aufzubringen. Wozum leben diese Menschen, wozum leiden sie sich? Beim städtischen Wohnungsmarkt des betreffenden Ortes sind zur Zeit 304 Wohnungsuchende vorgemerkt. Davon sind 154 ohne eigene Wohnung, 30 in geförderter Wohnung, 48 in unzureichender, gesundheitsgefährdender Wohnung. Diesen Wohnungseltern gefehlt sich die massenhafte Abwanderung aus den Neubaugewerkschaften hinzu. 171 Neubaugewerkschaftler beworben sich um Wohnungsaufstieg. Man muß in die Stuns zurück, um noch ein paar Markt für die Sättigung des Wagens zu retten. Die Verordnung der Reichsregierung zur Durchführung der Mietentlastung hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Ganze 6,4 Proz. beträgt die Mietentlastung für die berichtende Baugewerkschaft. Wird der Beschluß des Preussischen Landtags vom 18. Dezember zum Schutz des Neubauseltern Hilfe bringen? Wenn nicht, müssen die gesundesten Wohnungseltern in kurzer Zeit zusammenbrechen. Die opfervolle Selbsthilfeleistung von Jahrzehnten wird nutzlos veran sein. Auf schnellstem Wege muß dem Ergehen des Preussischen Landtags an die Staatsregierung um Gewährung von Mietsbeihilfen aus der Hauszinssteuer für die sozial bedrängten Inhaber von Neubaugewerkschaften Geltung verschafft werden.

Verschiedene Eingänge

Der graphische Betrieb. Monatsheft für Maschinen-technische Betriebswissenschaft und Berufshilfe. Herausgegeben vom Arbeitsrat der Deutschen Buchdrucker, 7. Jahrgang. Heft 1 vom 1. Januar 1932. Die Buchverteilung ist eines jeder Gebiete, auf deren man bisher trotz aller Bemühungen zu seinem befriedigenden Ergebnis kommen konnte. Erst in der neuen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis ist es gelungen, die Grundlagen so zu unterrichten, daß auch der Drucke seine Bedeutung als „Kulturvermittler“ in einem jeder Volk vom Mittelstand heraus zuweilen hat in Bezug auf die Vorkenntnisse, die Zusammenarbeit, Saugfähigkeit, Stäubungsmenge und Auswirkung des Papiers bestimmte Untersuchungsverfahren angewendet und dafür geeignete Verfahren für die Buchdrucker fand, also mit viel größerer Sicherheit als bisher auch im noch unbefangenen Papiererfolg bewirkt. Eine umfangreiche Abhandlung über die Aufstellung aller dafür erforderlichen Einrichtungen und stellt die Unterlagen zur Berechnung der verschiedenen Eigenschaften aller Papierarten. Der Verfasser bringt die wichtigsten Fragen, die die Abhandlung der „Beziehungen“ durch „Metrie“ und „Geometrie“ und die Aus-einanderlegung über das Thema „Frei-Arbeitung gegen Aufhebung“ Es ist interessant im Zusammenhang mit der in anderer Reihen des „graphischen Betrieb“ erschienenen „Kritik über die Verwertung der Arbeitskräfte nach dem, wie einige mit dem „Frei-Verfahren“ arbeitende Drucker diese Meinung beurteilen. Die Frage des Schweißmetalls wird in dem Artikel „Zum Schweißen und Wälzen“ in den Vorarbeiten und geht in einem weiteren Artikel auf „Schweißmetalle“ als für die Produktionssteigerung und die Verbesserung der Maschinenbauern äußerst wichtig hingestellt. Eine weitere Zusammenarbeit zwischen der „Beitrag“ der „Ereignisse“ und „Produktion“ wird das „Einzel“ gemacht, wobei die verschiedenen Verfahren von „Männlichungen“ in „Ereignisse“ und „Gefahren“ aufgezählt werden. Dabei stellt sich heraus, daß die letzten Stereos oftmals ihre Urhaben in schlechten Maß bzw. in schlechter Sauberkeit haben. Den Stereoverfahren wird noch die Verbesserung einer neuen „Schweißmetalle“ betrachtet, die für das Stereoverfahren leichter herstellbar ist und auch um bestimmt ist. Eine Meinung, die im Ausland schon vielfach in Anwendung ist, betrifft „Metallstücke“ mit „Gummibeschichtungen“, besonders geeignet für das Schweißen runder Körper im Sandstrahlverfahren. Der graphische „Vielzahl“ bringt gute Photos und ebenfalls Abhandlungen und Notizen für den Photographen.

Was muß der moderne Kaufmann vom Arbeiter wissen? von Karl Ulrich, Verlag Karl Ulrich & Co., Nürnberg-Z. Preis 2,00 M. Eine allseitige, tiefgehende Darstellung des erforderten Fachwissens, der der künftigen Vorkenntnisse der Reklameproduktion Rechnung zu tragen bemußt ist. Das Buch ist getragen von dem Betreuer, notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten für den neuzeitlich eingestellten Kaufmann, um ihn in die Lage zu versetzen, einen klaren Urteil zu fällen. Darüber hinaus aber ist das Buch auch ein höchswertiger Ratgeber für jeden praktisch tätigen Buchdrucker.

Die Weltanschauung. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding, 9. Jahrgang Nr. 1. Berlin S. W. 8, 2. Reichsstraße 29. M. 3,00. Berlin SW 68, Reichsstraße 2. Vierteljahresabonnement 4,50 M.

Briefkasten

E. v. A. in Offenbach: Empfohlen haben das „Reichshandbuch für Buchdrucker“ Verla des Bildungswerbandes, Berlin SW 61. Es enthält alles Wissenswerte über das Heften im Ausland, über Beschäftigtenverhältnisse und Abrechnen, über das Verhalten gegenüber Behörden und dergleichen mehr. — E. v. A. in Nr. 58: 6,50 M.

Verbandsnachrichten

Heise- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptvermittlung. Bericht vom Monat November 1931. Auf der Heise: 464 Mitglieder. Arbeitsunterstützung erhielten 924 Mitglieder. An Unterhaltungslosgelagen wurden gezahlt:

Table with 4 columns: Beschäftigungsort, in der Heiseunterstützung, in der Arbeitslosenunterstützung, Unterhaltungslosgelagen insgesamt. Rows include: Geber, Maschinenfabrik, Drucker, Stereotypen, Galvanoplastiker, Korrekturen, Faktoren, Schriftgießer, Stempelsteiner.

Unterstützungsgelage im November 1930 21149. Daher mehr Unterhaltungslosgelage im November 1931 10996. Unterhaltungslosgelage: in der Heiseunterstützung 11778,22 M. in der Arbeitslosenunterstützung 234624,95 M. 246403,22 M.

An Wohnraumunterstützung: im November 1931 109985,20 M. Miete. Statium wird nur an Ausgeleitete und Nichtbezugsberechtigte, und zwar in Höhe von 30 Pf., ausbezahlt.

Adressenveränderungen

Hienberg (Thür.). Vorsitzender: Wilhelm Schumacher, Marktstraße 12; Malterer: Tito Stelzner, Marktstraße 12. Vauia i. Bgl. Vorsitzender: Otto Schumacher, Marktstraße 2.

Versammlungs-Kalender

Chemnitz. Stereotypen-Gewerkschaft. Jahreshauptversammlung Sonntag, den 21. Januar, vormittags 10 Uhr, im Genossenschaftsheim der Allgemeinen Baugewerkschaften, Gabeln, Dresden. Dortmund. 3. a. d. B. e. d. a. u. v. e. r. i. a. m. i. n. u. g. Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, im Dortmund, Rinald 40 L., Sängerkreis. Anträge bis 3. Februar. Erfurt. D. e. n. e. r. a. u. n. t. e. r. i. a. m. i. n. u. g. Mittwoch, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“. Hannover. 3. a. d. B. e. d. a. u. v. e. r. i. a. m. i. n. u. g. Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, im Vestland der „Beimilche“, Angerstraße 10-11. München. W. a. s. h. i. n. g. e. r. i. a. m. i. n. u. g. Sonntag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im „Wippen“, Saal der „Augustiner-Bierhallen“, Neubauer Straße. Trautenburg. G. e. n. e. r. a. l. v. e. r. s. a. m. l. u. g. Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Papierfabrikanten“, Memmel. J. a. h. r. e. s. h. a. u. p. t. v. e. r. s. a. m. l. u. g. Sonntag, den 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Zum Tropfen“, Bismarckstraße. Schwerin i. M. B. a. n. d. i. e. r. G. e. n. e. r. a. l. v. e. r. s. a. m. l. u. g. Sonntag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, Salatsstraße. Waldenburg i. S. J. a. h. r. e. s. h. a. u. p. t. v. e. r. s. a. m. l. u. g. Sonntag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, im Vereinszimmer des Bahnhofs Altravau. — Anträge bis 27. Januar an den Vorsitzenden.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 7 (23. Januar 1932). Artikel: Gewerkschaften und Reparationsfrage. — Reparationskonferenz und Beschäftigung. — Jeltzbaufen. — Preisbindung. — Verbindung. — Das Bündnerweber im Ausland. — Zehnwohlfahrt. — Polen. — Frankreich. — Sozialistische Berufsberatung. — Korrespondenzen: Berlin (S.), — Offenbach. — Grafenholzhelm. — Heidelberg (S.). — Vindenswede. — Rundschau: Zur Wirtschaftsfrage im graphischen Gewerbe. — Württembergische Buchdrucker in Wroslaw. — Bremen. — Bremen. — Deutsches Schriftgüter. — Zeitschriften für Arbeiter und Angehörige in Wroslaw. — Die Arbeitslosigkeit als Weltproblem. — Eintrag gegen abermalige Verschlebung der Volkszählung. — Werbung des Verbots über das Tragen von Parteiflaggen. — Notruf der Baugewerkschaften. — Verfallene Wohnung. Bericht der Hauptverwaltung vom Monat November 1931.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Reisevertreter für den Platz Berlin gesucht für Buchdruckereialt. Festes Gehalt und Übernahme der Spesen wird geboten. Alterer Drucker bevorzugt. Nur ausführliche Bewerbungen mit Referenzen, Tätigkeitsangaben u. Gehaltsansprüchen erbeten unter O. A. 21307 an Rudolf Mosse, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 88.

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe von J. v. Endl, Mitglied der Meisterprüfungskommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuen Buchdruckverfahrens und den Richtlinien des B. D. 12. Auflage, 3. Aufl. mit Beispielen, 300 M., per Nachdruck, 120 M. J. v. Endl, München, Rumfordstraße 23. Postfachkonto 910.

Gratis. Preisliste Nr. 18 senden G. H. M. MEDICUS Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 8. MANN-FRAU. PREISABBAU! Hygienische Artikel. Late 21, froh und direkt durch VOGELSANG Berlin/Bornhorst-Str. 14. Mannschreibermaschinen. Winkelnaten. Verlag des Bildungswerbandes d. D. B. D. Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.

Boher den guten Maß. Anhang? Nur vom Nachmann für 85 und 100 M. E. Hillfisch, Berlin SW 19, Seltsamer Straße 51 V. Telefon: Mecker 8550. Am 14. Januar verstarb unser lieber Kollege... Otto Wolke im Alter von 34 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Vereinigung der Berliner Rotations-u. Tiefdrucker. Am 16. Januar verstarb unser lieber Kollege, der Drucker Ernst Summer im 72. Lebensjahre. Ihre wenige Jahre waren ihm vergnügt, seine Lebensabend in wohlverdienter Ruhe zu verbringen. Wir verlieren einen guten Kollegen und Mitarbeiter. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm. Das Gesamtpersonal der Firma Wengler & Wittig, Leipzig.